



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

AUSGABE 1/2015

9. Jahrgang

ISSN 1869-1684

WASHINGTON / MOSKAU

Verständnis-
probleme

NATO

Zurück zu den
Wurzeln?

SCHWERPUNKT

USA

Sicherheit vs. Freiheit

Früher einmal war Amerika Vorbild und Ansporn für Menschen in aller Welt. Es war der Leuchtturm von Freiheit und Demokratie – ein politisches Symbol immenser Strahlkraft. Nach dem Triumph über das »Evil Empire« Sowjetunion schien das »Ende der Geschichte« erreicht, die Zeit für eine Neue Weltordnung unter Führung des »Land of the Free« gekommen. Diktaturen und repressive Regimes in aller Welt fürchteten um ihre Zukunft, denn wer sollte den globalen Siegeszug der »Pax Americana« nun noch aufzuhalten?

Heute, ein Vierteljahrhundert später, herausgefordert durch neue und alte Rivalen, gezeichnet von 14 Jahren globalem »Krieg gegen den Terror« mit gewonnenen Schlachten, aber letztlich ohne Sieg, scheint der »Lone Ranger« der Weltpolitik müde und die Strahlkraft des amerikanischen Traums zu verblassen.

Denn nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verloren die USA auf der Suche nach Sicherheit oft genug das Ideal der Freiheit aus den Augen. Eine Dekade später zahlt das Land einen hohen Preis für diese Prioritätenverschiebung: Geheimdienst- und Folterskandale erschüttern es und untergraben seine Glaubwürdigkeit in der Welt. In teuren Kriegen im Irak, in Afghanistan und im globalen Terrorkampf hat es gewaltige Ressourcen verpulvert, die daheim zur Lösung drängender sozialer und innenpolitischer Probleme fehlen. Schwere Unruhen in amerikanischen Städten zwischen Unterprivilegierten und militarisierten Polizeibehörden zeugen von nicht überwundenem Rassismus und einem krassen Sozialgefälle. Zwar hat die Obama-Administration die Wirtschaft mittlerweile aus der 2008 begonnenen Talfahrt zurückgeführt, doch können die »Selbstheilungskräfte« Amerikas auch diesmal wirken?

Zweifel sind angebracht. Schrille Akteure mit radikalen Forderungen sind politisch und medial salonfähig geworden und treiben die gemäßigeren Akteure zunehmend vor sich her, in Washington manifestiert sich eine beunruhigende Unfähigkeit und -willigkeit zum politischen Dialog, die parlamentarische Blockade hat eine gefährliche Eigendynamik gewonnen. Das politische Amerika scheint seine Mitte verloren zu haben.

Das ist ein Problem für uns Europäer, die traditionell, ideell und systemisch transatlantisch eng verbunden sind. Denn mit dem »Sozialismus chinesischer Prägung«, dem »Russkij Mir« und nicht zuletzt dem Projekt »Islamischer Staat« existieren wieder Gesellschaftsvisionen, die sich dezidiert als Gegenentwürfe zum »Amerikanischen Traum« positionieren und die politische Programmatik »des Westens« herausfordern. Ihr Aufstieg illustriert die derzeitige Schwäche der USA, die mindestens mittelbar auch unsere ist. ...

Ihre ADLAS-Redaktion

»As for our common defense, we reject as false the choice between our safety and our ideals. Our Founding Fathers, faced with perils that we can scarcely imagine, drafted a charter to assure the rule of law and the rights of man [...]. Those ideals still light the world, and we will not give them up for expedience sake.«

US-Präsident Barack Obama, aus seiner Amtseinführungsrede vom 20. Januar 2009



INHALT

SCHWERPUNKT: USA – SICHERHEIT VS. FREIHEIT

- 6 NACHRICHTENDIENSTE: **Wer bewacht die Wächter?**
Bislang sind Reformversuche, um die NSA zu kontrollieren, im Kongress stecken geblieben.
- 10 PRIVATE RÜSTUNG: **Hüter der Freiheit**
Waffenkultur und wie die Waffenlobby glaubt, amerikanische Werte verteidigen zu müssen.
- 15 VERHÖRMASSTNAHMEN: **Schaden ohne Nutzen**
Wie lernfähig die amerikanische Demokratie nach wie vor ist, zeigt sie in der Aufarbeitung der inzwischen desavouierten Folterpraxis.
- 19 ZIVIL-MILITÄRISCHE BALANCE: **»Ein Schock wie 9/11 setzt enorme politische Kräfte frei«**
Die USA finden allmählich zu einem Normalmaß nationaler Sicherheit zurück, findet die Regensburger Politologin Gerlinde Groitl.
- 24 SOZIALWESEN: **Heimatfronten**
Das US-Veteranenministerium ist ein Bürokratiemonster, das seinen Aufgaben nur schwerlich nachkommt.
- 29 AMERIKANISCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN: **Verständnisprobleme**
Das birgt Zündstoff: Die USA verstehen Russland nicht (mehr).
- 35 NOTIZ / GEWALTENTEILUNG: **Brief mit Nebenwirkungen**
- 36 KOMMENTAR: **In dubio pro libertas**
Ein Blick auf John Stuart Mills liberales Freiheitsprinzip und seine gewandelte Bedeutung im Kampf gegen den Terror



INHALT

DIE WELT UND DEUTSCHLAND

- 39 NATO: **Zurück zu den Wurzeln?**
Wegen des Kriegs in der Ukraine muss sich die Atlantische Allianz der dringenden Identitätsfrage stellen, ob sie Sicherheits- oder Verteidigungsgemeinschaft ist.
- 44 KOMMENTAR: **Russland ist nicht Putin – eine Erinnerung**
Die Kontinuitäten der Außenpolitik des Kreml sind ungleich wichtiger als die Mentalitäten der Kremlchefs.
- 47 RÜSTUNGSPROJEKTE: **Gesucht: Schwarzer Peter**
Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr gelten als schwierig – ein Blick auf die Verantwortung der beteiligten Akteure

2 EDITORIAL
3 INHALT
50 LITERATUR
54 IMPRESSUM UND AUSBLICK



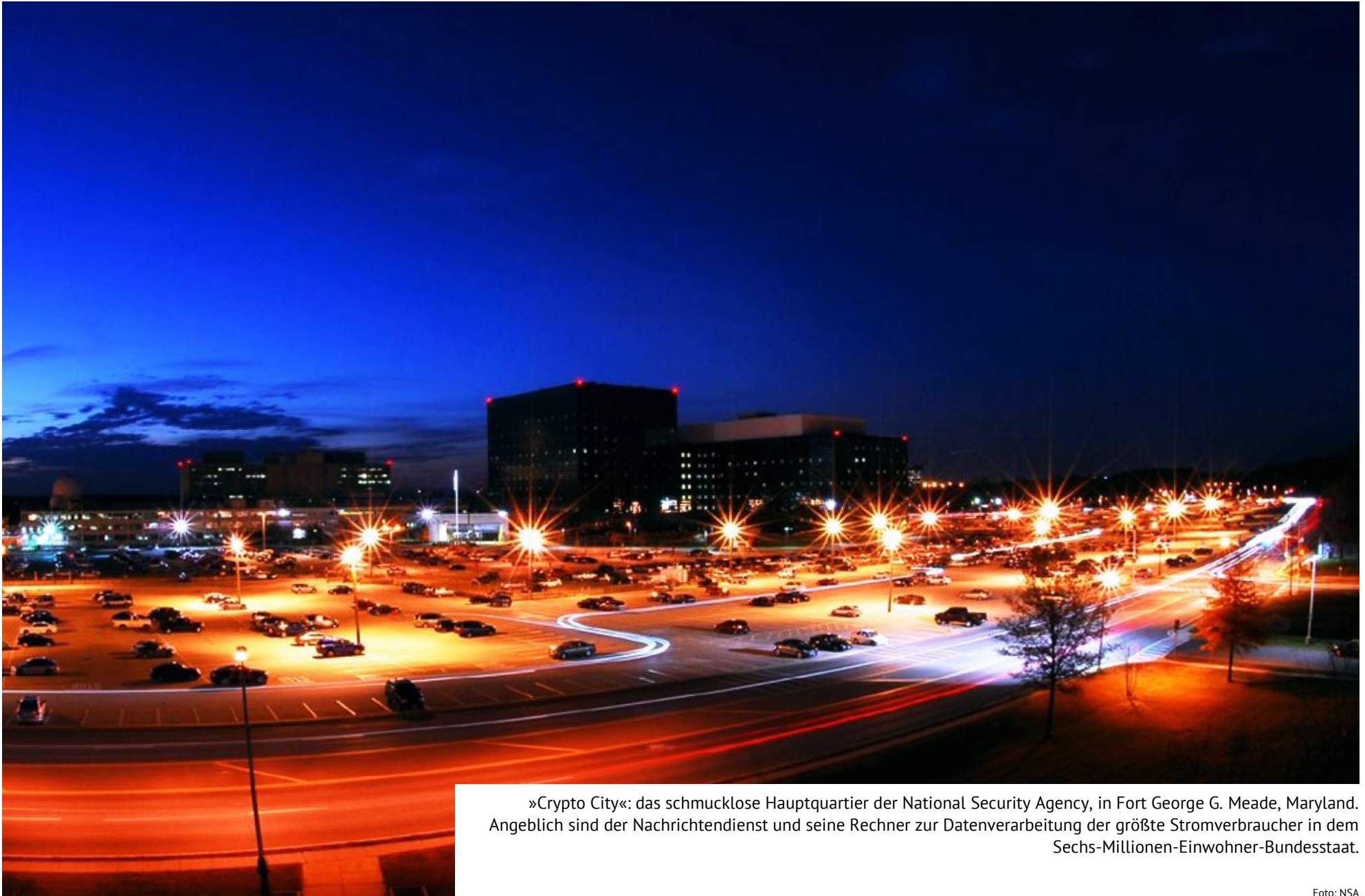
BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren:

Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen ... oder einen Autorennamen. Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!



»Crypto City«: das schmucklose Hauptquartier der National Security Agency, in Fort George G. Meade, Maryland. Angeblich sind der Nachrichtendienst und seine Rechner zur Datenverarbeitung der größte Stromverbraucher in dem Sechs-Millionen-Einwohner-Bundesstaat.

Foto: NSA

WER BEWACHT DIE WÄCHTER?

VON HENDRIK W. OHNESORGE

Die National Security Agency der USA unterliegt nach ihrer Gründung inzwischen vier großen »Kontroll-Kreisen« – vom vierten Verfassungszusatz bis zum berüchtigten USA PATRIOT Act. Sind diese Mechanismen aber im Informationszeitalter des 21. Jahrhunderts noch wirksam? Bislang jedenfalls sind Reformversuche im Kongress stecken geblieben.

»**Sed quis custodiet ipsos custodes?**«, fragte bereits Juvenal in seinen »Satiren«, »Wer aber wird die Wächter selbst bewachen?« Das Zitat aus dem wohl bekanntesten Werk des römischen Dichters war eigentlich auf die zweifelhafte Tugendhaftigkeit seiner Zeitgenossen gemünzt. Im Laufe der Jahrhunderte hat es aber immer wieder auch in einem übertragenen Sinne Anwendung gefunden.

Heute kommt den amerikanischen Geheimdiensten ein breites Spektrum an Aufgaben zu. In Zeiten von asymmetrischer Kriegsführung, der Bedrohung durch internationalen Terrorismus oder dem viel diskutierten Cyberkrieg, um nur einige Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu nennen, scheint die Rolle der Geheimdienste vielleicht entscheidender als jemals zuvor. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 haben ihre Befugnisse dabei eine

Ausweitung erfahren, die spätestens seit Sommer 2013 im Zuge der so genannten »NSA-Affäre« in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt ist. Die Frage, ob eine wirksame Kontrolle von Institutionen überhaupt möglich ist, die bereits ihrem Namen nach im Geheimen operieren, scheint damit auf beiden Seiten des Atlantiks dringlicher denn je.

Bereits in den frühen Jahren der amerikanischen Republik spielen Spione und Geheimdienste eine populäre Rolle: Nathan Hale und der sogenannte »Culper Ring« sind geradezu Teil des Gründungsmythos der Vereinigten Staaten geworden. Heute, über zweihundert Jahre später, existiert eine ganze Reihe von US-Nachrichtendiensten: Federal Bureau of Investigation, Central Intelligence Agency und National Security Agency sind die wohl bekanntesten unter ihnen. Durch die jüngsten Ereignisse ist dabei +



insbesondere die NSA als größter US-amerikanischer Auslandsnachrichtendienst in den Fokus des öffentlichen und politischen Interesses gerückt.

Die NSA geht auf während des Ersten Weltkrieges gegründete Einheiten zurück, die mit dem Entschlüsseln der aufkommenden Radiotechnologie begannen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges bereits besaß jede der US-Teilstreitkräfte eigene Einheiten, die auf die Fernmeldeaufklärung spezialisiert waren und die eng mit ihren britischen Kollegen zusammenarbeiteten. Mit Beginn des Kalten Krieges schließlich entwickelte sich die noch heute

veillance Act« von 1978 und »USA PATRIOT Act« aus dem Jahr 2001 können dabei als zentral angesehen werden. Die unter Präsident Reagan verabschiedete Executive Order 12333 erlaubt es der NSA, weltweit Fernmeldedaten von Verbindungen zu sammeln, zu speichern und auszuwerten, von denen sich zumindest einer der Teilnehmer außerhalb der Vereinigten Staaten befindet. Weitere zentrale Grundlage ist der Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA). Noch vor dem Hintergrund der »Watergate-Affäre« verabschiedet, regelt das Gesetz sowohl das Abgreifen von Daten in Echtzeit als auch das Speichern von bereits

der Befugnisse der Geheimdienste nach »9/11« – Kontrollmöglichkeiten der NSA dar? Es sind vier große, sich teilweise überschneidende »Kontrollkreise«, die sich unterscheiden lassen: die Selbstkontrolle der Geheimdienste, der vierte Zusatzartikel zur US-Verfassung, die verfassungsrechtlichen »checks and balances« sowie gesonderte Rechtsgrundlagen und Mechanismen.

Erstens sehen die Vorschriften der NSA eine interne Selbstkontrolle vor. So heißt es in einem Bericht der NSA über Aufgaben und Rechtsgrundlagen, dass alle Mitarbeiter verpflichtet seien, über mögli- +

MIT DEM AUFTRAG AUSLÄNDISCHE DATEN ZU ERFASSEN, BEGINNT DIE NSA IM KALTEN KRIEG ZU WACHSEN.

maßgebliche Geheimdienstarchitektur. Wichtiger Schritt in diese Richtung war der National Security Act of 1947, der entscheidend zur Zentralisierung der Dienste beitrug. Am 4. November 1952, dem Tag der Wahl Dwight D. Eisenhowers zum 34. US-Präsidenten, nahm die aus verschiedenen Vorgängerorganisationen hervorgegangene NSA ihren Dienst auf und bezog fünf Jahre später ihr jetziges Hauptquartier in Fort Meade, Maryland. Mit dem Auftrag gegründet, ausländische Nachrichtenströme zu sammeln und auszuwerten, trage sie – so die Selbstdarstellung der NSA – zur Wahrung der nationalen Sicherheit bei und stellt Politikern wie Militärs entscheidende Informationen zur Verfügung.

Die Befugnisse der NSA gehen auf verschiedene Rechtsgrundlagen zurück: »Executive Order 12333« aus dem Jahr 1981, »Foreign Intelligence Sur-

gesammelten Daten. Dabei wird strikt zwischen (US-)Inländern und Ausländern unterschieden. Zwecks Kontrolle der Geheimdienstaktivitäten wurde mit dem FISA das »United States Foreign Intelligence Surveillance Court« geschaffen, auf das in der Folge noch genauer eingegangen werden soll. In den Jahren 2001 und 2008 hat der FISA entscheidende Ausweitungen erfahren, welche die Massendatenspeicherung ermöglicht haben. Eine weitere Ausweitung der Befugnisse der NSA erlaubt der USA PATRIOT Act (in voller Länge »Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act«), der im Oktober 2001 in unmittelbarer Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September verabschiedet wurde.

Wie aber stellen sich heute – im Informationszeitalter und in Folge fundamentaler Ausweitung

Der Heuhaufen über der Nadel

»Man braucht den Heuhaufen, um die Nadel zu finden«, verteidigte der ehemalige Direktor der NSA Keith B. Alexander die Praxis der Massendatenspeicherung. Wie groß aber ist dieser Heuhaufen eigentlich, den die NSA Tag für Tag durchstöbert? Unter Bezugnahme auf interne NSA-Dokumente berichtete die *Washington Post*, dass im Jahre 2012 täglich 444.743 E-Mail-Adressbücher von Yahoo, 105.068 von Hotmail, 82.857 von Facebook, 33.697 von Gmail und 22.881 von anderen Anbietern gesammelt wurden.

Von der NSA selbst veröffentlichte Zahlen gehen davon aus, dass täglich 1.826 Petabytes (10 hoch 15 Bytes) an Daten über das Internet übertragen werden. Die NSA, so das Papier aus dem August 2013 weiter, sammle 1,6 Prozent dieser Daten, von denen wiederum rund 0,025 Prozent ausgewertet würden. Mit einem Vergleich setzt die NSA dieses Zahlen ins Verhältnis: Der Anteil der ausgewerteten Daten am gesamten Datenverkehr entspräche etwa dem Verhältnis der Größe eines 10-Cent-Stückes auf einem Basketball-Feld.



Die Snowden-Affäre hat auch Auswirkungen in den USA: hier ein Protest der Initiative »Stop Watching Us« am 26. Oktober 2013 in Washington, DC

Foto: Stephen Melkisetian/
CC BY-NC-ND 2.0

che Verstöße der Behörde gegen geltendes Recht zu berichten. Dieser Mechanismus des »self-reporting« sei Teil der Kultur und Struktur der NSA.

Zweitens ist der vierte Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten von Bedeutung. Als Teil der 1791 ratifizierten Bill of Rights legt er das einklagbare Recht »auf Sicherheit der Person und der Wohnung, der Urkunden und des Eigentums, vor willkürlicher Durchsuchung, Verhaftung und Beschlagnahme« fest. Darüber hinaus bestimmt das Gesetz, dass »Hausdurchsuchungs- und Haftbefehle nur bei Vorliegen eines eidlich oder eidesstattlich erhärteten Rechtsgrundes ausgestellt werden [dürfen]«. In Zusammenhang mit der (elektronischen) Überwachung durch Geheimdienste sind unter Berufung auf diesen Artikel bereits Klagen eingereicht worden, wie zuletzt jene vom republikanischen Se-

nator Rand Paul eingereichte Sammelklage gegen die US-Regierung.

Drittens tragen die in der amerikanischen Verfassung festgeschriebenen checks and balances zur Kontrolle der Geheimdienste bei. So sollen alle drei

haus als auch im Senat Ausschüsse eingerichtet, die von den jeweiligen Geheimdiensten regelmäßig über deren Aktivitäten informiert werden und über wichtige Personal- und Finanzfragen entscheiden sollen. Da die Gremien im Geheimen tagen und stark vom Informations- und Kooperationswillen der Geheimdienste abhängig sind, ist dieser Kontrollmechanismus allerdings schon wiederholt Gegenstand von Kritik geworden. Ferner wurde 2007 mit dem »Privacy and Civil Liberties Oversight Board« auch innerhalb der Exekutive ein Gremium geschaffen, das die Einhaltung und Gewährleistung von Datenschutz und Bürgerrechten gewährleisten soll. Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel »FreedomWorks«, »American Civil Liberties Union« oder »Electric Frontier Foundation«, schließlich sollen als Interessengruppen öffentliches und politisches Bewusstsein für Fragen des Datenschutzes und der Überwachung schaffen.

Viertens, und von besonderer Bedeutung, ist die Kontrolle durch gesonderte Rechtsgrundlagen und Mechanismen. Hier spielt insbesondere das oben bereits erwähnte »Foreign Intelligence Surveillance Court« (FISC) eine entscheidende Rolle. Auf Grundlage des FISA ins Leben gerufen, gehören ihm elf vom Obersten Richter der Vereinigten Staaten er-

WELCHE KONTROLLE IST MÖGLICH, WENN DIE SITZUNGEN UND URTEILE DER GENEHMIGENDEN GERICHTE DER GEHEIMHALTUNG UNTERLIEGEN?

Gewalten – Judikative, Legislative und Exekutive – die Aktivitäten der Geheimdienste überwachen. Zu diesem Zweck wurden sowohl im Repräsentanten-

nannte Bundesrichter an. Das Gericht muss über die Genehmigung aller inländischen wie ausländischen Überwachungsmaßnahmen entscheiden und berich-

tet dem Kongress jährlich von seinen Aktivitäten. Jedoch finden alle Sitzungen ebenfalls im Geheimen statt, und auch die Urteile unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung. Des Weiteren dürfen lediglich Vertreter der US-amerikanischen Regierung und Geheimdienste vor dem FISC auftreten, ein Streitiges Verfahren findet daher nicht statt. Da bislang nur eine verschwindend geringe Anzahl von Anträgen negativ beschieden wurde, haben diese Verfah-

Nicht zuletzt die jüngsten Entwicklungen in Zusammenhang mit der »NSA-Affäre« haben daher eine Reform der Geheimdienstkontrolle erneut auf die Tagesordnung gebracht. Präsident Barack Obama hat zu diesem Zweck ein Expertengremium einberufen, das ihm im Dezember 2013 einen Bericht mit 46 Reformvorschlägen vorgelegt hat. Unter anderem wird darin eine Reform des FISC sowie insgesamt mehr Transparenz und Kontrolle gefor-

eine Kontrolle der Geheimdienste – eine Bewachung der Wächter bei gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit – von entscheidender Bedeutung, damit das »Imperium der Freiheit« nicht zum »Imperium der Überwachung« wird. ...

Hendrik W. Ohnesorge ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Center for Global Studies der Universität Bonn.

KONTROLLMECHANISMEN HÄNGEN NICHT NUR VON GEHEIMHALTUNGSKLAUSELN SONDERN AUCH VOM KOOPERATIONSWILLEN DER DIENSTE AB.

rensregeln den Vorwurf eines bloßen »Durchwinkens« der Anträge laut werden und an der Wirksamkeit des FISC zweifeln lassen. Darüber hinaus sind auch in anderen Rechtsvorschriften Überwachungsmechanismen verankert. So sieht beispielsweise der USA PATRIOT Act regelmäßige Berichte an den Kongress, Treffen von NSA-Vertretern mit dem Director of National Intelligence und dem Justizministerium sowie Unterrichtungen des FISC vor – wobei auswärtige Überwachungsmaßnahmen weniger strikten Regeln unterliegen als inländische.

Es bleibt abschließend fraglich, ob eine effektive Kontrolle der Geheimdienste, insbesondere der NSA, möglich und gewährleistet ist. Zweifellos steht eine Reihe von Instrumenten und Mechanismen zur Verfügung. Allerdings ist an deren Wirksamkeit wiederholt Zweifel angemeldet worden, da sie oftmals strikter Geheimhaltung unterliegen und regelmäßig vom Kooperationswillen der betroffenen Dienste abhängig sind.

dert. Im November 2014 jedoch scheiterte vorläufig die Geheimdienstreform über den »USA FREEDOM Act« (»Uniting and Strengthening America by Fulfilling Rights and Ending Eavesdropping, Drag-net-collection and Online Monitoring Act«) im Senat. Eine zeitnahe Verabschiedung scheint vor dem Hintergrund der neuen Machtverhältnisse im Kongress seit Januar 2015 schwieriger denn je. Da jedoch im Juni 2015 der für die Massendatenspeicherung der NSA entscheidende Paragraph 215 des USA PATRIOT Act (neben anderen Regelungen des umfangreichen Gesetzes) auslaufen wird, könnte schon bald ein neuer Versuch einer Geheimdienstreform angestoßen werden.

Thomas Jefferson nannte die junge amerikanische Republik einst das »Imperium der Freiheit«. Früh haben die Gründerväter die Gefahren erkannt, die der Freiheit drohen, wenn in der Verfassung verankerte checks and balances ausgehebelt und Kontrollmechanismen unwirksam werden. Heute ist

Quellen und Links:

[Meldung »Republikaner verhindern Obamas Geheimdienst-Reform« von Zeit Online vom 19. November 2014](#)

[Bericht »Rand Paul files suit against Obama, NSA Wednesday« der Washington Post vom 12. Februar 2014](#)

[Hintergrundbericht »NSA collects millions of e-mail address books globally« der Washington Post vom 14. Oktober 2013](#)

[Stefan Heumann und Ben Scott: »Law and Policy in Internet Surveillance Programs«, Impulse 25/2013 der Stiftung Neue Verantwortung vom September 2013](#)

[Selbstvorstellung »The National Security Agency: Missions, Authority, Oversight and Partnerships« vom 9. August 2013](#)

HÜTER DER FREIHEIT

VON MORITZ MÜLLER

Die amerikanische Verfassung sieht im zweiten Zusatzartikel das Recht auf Waffenbesitz vor. Obwohl der Passus auf das Jahr 1791 zurück geht, verteidigen ihn Waffenbesitzer heute immer noch standhaft. Auch beruft sich deren Lobby auf das Recht der Freiheit und der Selbstverteidigung – auch vor dem Staat. Ein Blick in die Waffenkultur und die Argumentationslinien der Befürworter der liberalen Waffengesetzgebung

Nur zwei Tage nach den tödlichen Schüssen in der Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* in Paris stand für den User »G3Kurz«, die Bezeichnung der Kurzversion des deutschen Sturmgewehrs G3, auf dem amerikanischen Internetforum *hkpro.com* fest: Schuld am Tod des Polizisten Ahmed Merabet wäre eine »sozialistische« Waffenregulierung. Diese Sorge für die Schaffung von »gun free zones«. Bürger seien dort unbewaffnet und Ordnungshüter nur mit einem Schlagstock ausgestattet. So könne bewaffneten Reaktionären gegenüber kein Selbstschutz beziehungsweise Schutz der Bürger funktionieren.

»G3Kurz«, ein profilierter Insider der schwäbischen Waffenschmiede und Autor von mehr als 3.300 Posts in jenem Forum, knüpft in seinem Beitrag an die Kernargumente an, die für die liberalgeprägte Waffenkultur der USA stehen: 1. Der Bürger

ist in erster Linie für seine Sicherheit selbst verantwortlich und sollte ohne staatliche Einschränkungen dementsprechend ausgerüstet sein. 2. Der Staat hat neben der Schaffung eines adäquaten rechtlichen Rahmens zur uneingeschränkten Selbstverteidigung für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Dieser rechtliche Rahmen darf jedoch nicht die freiheitlichen Rechte auf Selbstverteidigung – mit nahezu allen Mitteln – einschränken, ansonsten wäre die Liberalität gefährdet: Ein gut ausgerüsteter Sicherheitsapparat ist ebenso erforderlich wie eine Nichteinmischung in die privaten Angelegenheiten des Bürgers.

Hierzulande mögen Teile der Argumente nachvollziehbar sein, allerdings würden die Thesen keine breite Zustimmung erzielen. Schließlich setzen Deutschland und weite Teile Europas auf einen +





Ausstellung und Verkaufsschau während des alljährlichen großen »Machine Gun Shoot« auf dem Schießstand Knob Creek in Kentucky

Foto:
klonoaxero/flickr/CC BY-NC-ND 2.0

Waffenbegrifflichkeiten

Spricht man von Waffenbesitzern in den USA, fallen gern die verallgemeinernden Worte »Waffenlobby« und »Waffennarr«. Eine objektive Differenzierung der Waffenbesitzer und -nutzer wird mit solchen emotionalen Begriffen schwierig. In der Realität verfügt nicht jeder Waffenbesitzer in den USA über ein quasi-militärisches Arsenal.

Noch ist jeder Amerikaner, der eine Waffe besitzt, Mitglied einer der bekannten Lobbyorganisationen – National Rifle Association (NRA) oder Second Amendment Foundation (SAF). Ebenso vielfältig wie in Europa sind in den USA die Gründe, warum Waffen privat besessen werden: sei es für die Jagd, zum Sportschießen, zur Selbstverteidigung oder als Teil einer Sammlung.

staatlichen Sicherheitsapparat und eine sehr restriktive Waffenregulierung. Im Sinne von Rousseaus Gesellschaftsvertrag besteht ein gesellschaftlicher Konsens *à la*: »Ich verzichte auf meine Waffen, solange du auch keine besitzt.« Diese Vorstellung ist allerdings zu verkürzt. Anders als in den USA gerne wahrgenommen wird, gibt es auch hier Möglichkeiten Waffen legal zu besitzen und zu gebrauchen. Außerdem weist die Waffengesetzgebung innerhalb Europas große Unterschiede auf. Allerdings ist das Verhältnis zu Schusswaffen eher vom Nutzen als von der Symbolkraft für uneingeschränkte Freiheit und Sicherheit geprägt.

Woher stammt diese unterschiedliche Symbolisierung der Waffe, insbesondere in der heutigen Zeit? Die Waffenanhänger in den USA beziehen sich auf ihre Verfassung; konkret auf den »Second A-

mendment«, den zweiten Zusatzartikel zur US-Verfassung. Dieser besagt: »A well regulated militia being necessary to the security of a free state, the right of the people to keep and bear arms shall not

Anhänger – der Staat muss das Recht auf Waffenbesitz garantieren.

Unter Juristen wird die Auslegung des Artikels seit Jahrzehnten diskutiert: Wer oder was ist eine

DAS »SECOND AMENDMENT« BLEIBT HEISSES EISEN DER POLITIK UND AUSLEGUNGSSACHE DER BUNDESSTAATEN.

be infringed.« Diese konstitutionelle Aussage vom 15. Dezember 1791 ist bis heute die Grundlage für die amerikanische Waffengesetzgebung sowie zentraler Pfeiler der Waffenkultur und Credo von deren

Miliz? Welche und wie viele Waffen darf man besitzen? Hat das Recht auf Waffenbesitz aus einer Zeit mangelnder Sicherheitsinfrastruktur heute überhaupt noch Geltung? Die meisten Fragen sind unge-

Schusswaffen und Schusswaffengewalt

Die Federation of American Scientists schätzte 2009 bei circa 317 Millionen Einwohnern die Zahl der Schusswaffen in den USA auf 310 Millionen, darunter 114 Millionen Pistolen, 110 Millionen Gewehre mit gezogenem Lauf, sogenannte Büchsen, und 86 Millionen Flinten, Gewehre mit glattem Lauf.

2010 starben in Amerika nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNDOC) 9.960 Menschen durch Schusswaffeneinsatz, eine Rate von 3,2 Schusswaffenopfern pro 100.000 Einwohner. In Europa liegt die Rate bei 0,8 beim Spitzenreiter Schweiz und bei 0,2 in Deutschland. Hierzulande waren 2013 bei 81 Millionen Einwohner 5,5 Millionen Schusswaffen offiziell registriert. Daneben gibt es eine Dunkelziffer illegaler und nicht registrierter Waffen.

Nach dem Massaker von Newton vom Dezember 2012 befragt, ob er schon einmal eine Feuerwaffe benutzt hätte, erklärte Präsident Barack Obama, dass er in Camp David regelmäßig Scheiben schießt. Kurz nach dem Interview veröffentlichte das Weiße Haus diese Aufnahme aus dem August 2012.

Foto: The White House/Pete Souza



löst. Des Weiteren bleibt das »Second Amendment« eine föderal unterschiedliche Auslegungssache. Dadurch gibt es von Bundesstaat zu Bundesstaat große Unterschiede in der Waffengesetzgebung. Und dank

Verschiedenste Gesetzesentwürfe zur Verschärfung des Waffenbesitzes sind bis heute gescheitert. Aber nicht nur am Widerstand der Republikaner, auch Politiker der Demokraten votierten zuletzt gegen solche

OBWOHL OBAMA DIE UNTERSTÜTZUNG GEMÄSSIGTER WAFFENBESITZER HATTE, SCHEITERTE SEIN REGULIERUNGSVORSTOSS 2012.

einer starken Waffenlobby bleibt das Recht auf Waffenbesitz ein heißes Eisen der Politik. Allein die »National Rifle Association of America« (NRA) zählt rund 4,2 Millionen Mitglieder.

Vorstöße. Wenige Monate nach dem Amoklauf in Newtown im Dezember 2012 mit 28 Toten etwa kündigte Präsident Barack Obama rigide Gesetze an. Der Entwurf sah das Verbot von 100 Gewehrmodellen,

die Beschränkung der Magazinkapazität auf zehn Schuss und die Anhebung des Mindestalters für den Waffenbesitz von 18 auf 21 Jahre vor. Obwohl diese Vorschläge aus europäischer Sicht eher mild ausfielen und sich Obama sogar auf die Unterstützung gemäßigter Waffenbesitzer stützen konnte, scheiterte auch sein Vorstoß an der Auslegung des zweiten Zusatzartikels. Dabei kam der Widerstand sogar aus den eigenen Reihen. Der einflussreiche Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Senat, Senator Harry Reid, stellte den Entwurf öffentlich in Frage.

Während nach schweren Gewalttaten mit Schusswaffen von der einen Seite die Rufe nach Restriktionen lauter werden, nimmt auf Seiten der Waffenlobby der Wunsch nach weiterer Deregulierung überproportional zu. Gebetsmühlenartig verlangt die NRA mehr Waffen für die Bevölkerung. +



Militarisierung oder
»nur« schwerste
Bewaffnung?
Polizeibeamte von Stadt
und Bundesstaat
während der Unruhen in
Ferguson, Missouri, am
15. August 2014

Foto: Loavesofbread/Wikimedia
Commons/CC BY-SA 4.0

Waffenblog

Tim Harmsen, Autor des Weblogs *thebangswitch.com*, ist vor allem durch seinen YouTube-Kanal »Military Arms Channel« mit über 312.000 Abonnenten bekannt geworden. In der US-Waffenszene gilt er als Instanz. Im März 2013 startete er seinen Blog, um dort neben Testberichten und News zum Thema Schusswaffen politische Kommentare zu veröffentlichen.

Viele andere Blogs und Webseiten in den USA verzichten bewusst auf politische Inhalte und liefern nur Waffenberichte, da sie eine kontroverse Diskussion über ihr Hobby möglichst vermeiden wollen. Dies liegt auch daran, dass die Betreiber auf die Werbeeinnahmen angewiesen sind und sich durch eine möglichst neutrale Berichterstattung die meisten Klicks auch von Interessierten mit anderen Vorstellungen über Waffenregulierung erhoffen.

Nach Amokläufen an Schulen lauten die Forderungen: schusssichere Westen für die Schulkinder und Waffen für das Schulpersonal. Dabei ignoriert die »gun lobby« die Tatsache, dass die Täter viele der Amokläufe an Schulen mit legal erworbenen Waffen begingen. Konfrontiert mit diesem Hinweis wiederholt die Lobby jedoch nur ihr Mantra: noch mehr Waffen für die »Guten«.

Dieser Ruf ist stark geprägt von einem Misstrauen gegenüber den Sicherheitsbehörden. So belegt auch es eine landesweite Umfrage von *USA Today* und dem Pew Research Center unter 1.501 Amerikanern nach den tödlichen Schüssen auf einen unbewaffneten afroamerikanischen Jugendlichen in Ferguson im August 2014. Dabei gaben 65 Prozent der Befragten an, mit der Arbeit der Polizei wenig oder gar nicht zufrieden zu sein. Lediglich

30 Prozent zeigten sich zufrieden oder sehr zufrieden. Nach Angaben des Pew Research Center sind die Ergebnisse der Umfragen zu diesem Thema seit 2009 konstant.

DIE WAFFENLOBBY IGNORIERT DIE TATSACHE, DASS VIELE AMOKLÄUFER IHRE TATEN MIT LEGAL ERWORBENEN WAFFEN BEGINGEN.

Besonders öffentlich kritisiert wurde nach den anschließenden Ausschreitungen in Ferguson eine Militarisierung der Polizei. Die Fernsehbilder aus Missouri boten einen ungewohnten Anblick. Wü-

tenden aber friedlichen Demonstranten standen nicht Bereitschaftspolizisten mit Schild und Stock gegenüber, sondern schwerbewaffnete Sondereinsatzkräfte der Polizei, die großzügig von Reizgas

und Gummigeschossen Gebrauch machten. Diese Polizisten waren nicht für eine Demonstration mit körperlicher Konfrontation ausgerüstet, sondern trugen die Ausrüstung für ein Feuergefecht. Das +

PRIVATE RÜSTUNG

erzwang auch ihre spezifische Einsatztaktik: Die Polizei hielt die Demonstranten mit Reizgas, Blendgranaten, Gummigeschossen und Warnschüssen auf Abstand.

An der massiven Kritik an diesem rücksichtslosen Polizeivorgehen offenbart sich ein weiteres Dilemma: Teile der Bevölkerung fühlen sich von den Behörden bevormundet, nicht ausreichend geschützt und begegnen diesem Umstand wiederum ihrerseits mit dem Ruf nach mehr Waffen. Auf der anderen Seite steht ein Sicherheitsapparat, der

emigrierten französischen Polizisten unter der Überschrift »Je suis ... désarmé«, der für eine Deregulierung von Schusswaffen plädiert. Er argumentiert, dass sich Kriminelle nicht an Waffengesetze hielten und die Bevölkerung rechtlich bedingt schutz- und vor allem wehrlos der Gewalt ausgesetzt sei. Das ist sehr deutlich *die* Argumentation der Waffenlobby, um eine Deregulierung zu begründen: Aus ihrer Sicht führe eine strikte Waffenregulierung nur zu einer einseitigen Abrüstung, da Kriminelle stets in der Lage seien, sich Waffen, auch

WEIL SIE BEIDE TEIL EINER WAFFENKULTUR SIND, LIEFERN SICH BEHÖRDEN UND BEVÖLKERUNG EINEN RÜSTUNGSWETTLAUF.

sich aus demselben Land und derselben Kultur rekrutiert und sich einer wachsenden Bewaffnung der Bevölkerung gegenüber sieht. Es kommt zum Rüstungswettlauf.

Wie tiefgreifend das Misstrauen dem Staat gegenüber ist, lässt sich beispielsweise auf dem politischen Waffenblog *thebangswitch.com* lesen. Dort griff der Autor »Mat« in zwei Einträgen einen Artikel eines langgedienten Polizisten in Los Angeles, aus der *Washington Post* auf, der für die Auflösung regionaler Polizei und die Schaffung einer einzigen bundesweiten Behörde plädiert. Beide Male kritisiert »Mat« explizit eine Machtzunahme der US-Bundesregierung. Zudem äußert er seine Sorge vor einem zu mächtigen Organ, das die Bevölkerung bevormunde und sie in ihren Freiheiten einschränke.

Im selben Blog erschien wenige Tage nach den Pariser Attentaten ein Artikel von einem in die USA

aus illegalen Quellen, zu beschaffen. Ihnen stünde dann der wehrlose und rechtstreue Bürger gegenüber, dem es rechtlich nicht ermöglicht werde, sich vor der bewaffneten Gewalt der Kriminellen zu verteidigen.

Noch eine Anekdote zum Schluss: Zuletzt sorgte die Regierung Obama mit ihren Sanktionen gegen Russland für erneuten Unmut innerhalb der US-Waffencommunity. Die Munition für die in den USA sehr beliebten Kalaschnikows und deren Varianten, die von Waffenanhängern vorwiegend aus Russland bezogen werden, dürfen momentan nicht mehr importiert werden. Merke: Die Sicherheit der USA wird mit Kalaschnikow-Munition verteidigt. ...

Moritz Müller promoviert an der Universität der Bundeswehr München über HighTech-Kriegführung.

Quellen und Links:

[Forumseintrag von »G3Kurz« auf *hkpro.com* vom 11. Januar 2015](#)

[Blogpost von »Phil« auf *thebangswitch.com* vom 10. Januar 2015](#)

[Blogpost von »Mat« auf *thebangswitch.com* vom 21. Dezember 2014](#)

[Blogpost von »Mat« auf *thebangswitch.com* vom 30. November 2014](#)

[Kommentar »We should get rid of local policing« von Sunil Dutta bei der *Washington Post* am 25. November 2014](#)

[Kurzbericht »Waffenland Deutschland« der *Zeit* vom 16. Januar 2014](#)

[Bericht der *BBC News* vom 16. Januar 2013](#)

[Blogpost »How Many Assault Weapons Are There in America?« bei *slate.com* vom 20. Dezember 2012](#)

[Studie des Congressional Research Service vom 14. November 2012](#)

[Webpräsenz der »Knob Creek Shooting Range« in Louisville, Kentucky](#)

SCHADEN OHNE NUTZEN

VON MARCUS MÜLLER

Die USA schufen nach 9/11 ein System, das Folter ermöglichte und außerhalb rechtsstaatlicher Kontrollen angesiedelt war. Doch die amerikanische Demokratie ist nach wie vor lernfähig und kann die aus der Balance geratene Spannung zwischen Sicherheit und Freiheit selbst korrigieren, wie Präsident Obamas Verbot der Folterpraktiken, der Untersuchungsbericht des Senats und die laufende parlamentarische Aufarbeitung zeigen.

Terroristenjagd á la Hollywood: Ein Mann kniet am Boden, an allen Gliedern gefesselt, kurz vor dem Kollaps, und um ihn herum stehen mit Skimasken verummte Männer, die ihn anschreien und in Bauch und Gesicht schlagen. Der Gefangene bekommt Unmengen von Wasser in Nase und Rachen geschüttet, so dass er glaubt zu ertrinken. Nach dieser Tortur muss er stundenlang in demütigender Art und Weise nackt in einem kleinen Schrank hocken. Die Männer sind CIA-Agenten und ihr Gefangener »Ahmed« ein mutmaßliches Mitglied der sogenannten »Saudi-Gruppe« und damit Drahtzieher der Anschläge des 11. September 2001, bei denen 2.977 Menschen ihr Leben lassen mussten.

Diese Folterszenen spielen sich im Film »Zero Dark Thirty« ab, blieben aber nicht nur Fiktion. Sie lassen sich vielmehr in dem im Dezember 2014 erschienenen Senatsbericht über das Folterprogramm der CIA minutiös nachvollziehen. Im Film dient als Rechtfertigung ein harter Schnitt auf Aufnahmen von den 9/11-Attentaten.

Das »Waterboarding« und das Verharren in unbequemen Positionen – so genannte »stress positions« – waren neben Schlafentzug und Todesdrohungen die häufigsten Foltermethoden der CIA, um aus ihren Gefangenen in zum Teil geheimen Gefängnissen außerhalb der USA Informationen herauszupressen. Der Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten erhoffte sich durch derlei »erweiterte Verhörmethoden« Informationen über Namen weiterer Terroristen, geplante Anschläge und den Verbleib des al-Qaida Chefs Osama bin Laden. Gerade nach der großen Verunsicherung und dem nationalen Bedrohungsgefühl, ausgelöst durch die Terroranschläge des 11. September 2001, und den von Präsident George W. Bush proklamierten »Krieg gegen den Terror«, schienen dem Staat alle Mittel erlaubt, um die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. +



VERHÖRMASSNAHMEN

Dürfen aber verfassungsrechtliche Standards, wie das Recht auf »due process«, mit dem Verweis auf die Sicherheit von durch Terroranschläge bedrohte Menschen mit Füßen getreten werden? Im Fall der Folter liegt dieses Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit auf zwei Ebenen: Zum einen auf der legitimatorischen Dimension zwischen Terrorismusprävention durch Folter und dem absoluten Folterverbot, zum anderen auf der Kompetenzebene zwischen rechtstaatlicher Kontrolle und widerrechtlicher Aneignung legislativer Befugnisse durch die Exekutive. Unter dem ersten Zielkonflikt handelte die Bush-Administration und erlaubte der politisch und finanziell aufgerüsteten CIA die »Samthandschuhe« gegenüber mutmaßlichen Terroristen auszuziehen. Mit dem Folterskandal von Abu Ghraib 2004, den Enthüllungen um die »Theater Internment Facility« in Bagram und dem auf Kuba betriebenen Gefangenenlager von Guantánamo offenbarten sich die USA als erster moderner Rechtsstaat, der Foltermethoden legalisierte.

Den amerikanischen Verfassungsvätern war das Verbot der Folter so heilig gewesen, dass sie es gleich in zwei Zusatzartikeln zu der US-Verfassung niederschrieben. Im fünften und achten Artikel heißt es im Wortlaut, dass »niemand gegen sich selbst aussagen«

Häftlinge des »Guantanamo Bay Detention Camp« dürfen sich in Fremdsprachen- und Kunstklassen weiterbilden. Hier zwei Insassen am 29. März 2010

Foto: US Navy/Joshua Nistas



ministration unter anderem für die Guantánamo-Häftlinge benutzte, um ihnen ihre Rechte als Kriegsgefangene einerseits und ein ordentliches Gerichtsverfahren andererseits vorzuenthalten, war ein klarer Bruch des humanitären Völkerrechts. Das räumte

DIE VERFASSUNGSVÄTER HABEN DAS FOLTERVERBOT GLEICH ZWEIMAL IN DER VERFASSUNG VERANKERT.

oder »grausamen oder ungewöhnlichen Strafen« ausgesetzt werden dürfe – das erste Folterverbot internationaler Verfassungsgeschichte. Die Bezeichnung von Terrorismusverdächtigen als »feindliche Kämpfer« (»unlawful enemy combatants«), den die US-Ad-

ministration unter anderem für die Guantánamo-Häftlinge benutzte, um ihnen ihre Rechte als Kriegsgefangene einerseits und ein ordentliches Gerichtsverfahren andererseits vorzuenthalten, war ein klarer Bruch des humanitären Völkerrechts. Das räumte

den Terror« zudem noch verfassungswidrig waren und bekräftigte damit das Recht eines jeden Häftlings auf eine richterliche Überprüfung der Gesetzmäßigkeit seiner Inhaftierung.

Das Folterverbot hat nach dem Genfer Abkommen von 1945 und der UN-Antifolterkonvention von 1984 den Rang einer »notstandsfesten Norm«, die auch in Krisenzeiten einzuhalten ist. Akribisch argumentierte das US-Justizministerium nach 9/11 vor diesem Hintergrund daher gegen alle verfassungs- und völkerrechtlichen Bedenken und ebnete so den Weg zur Legalisierung von Folter. Im sogenannten »Bybee-Memorandum« argumentierte Generalstaatsanwalt Jay S. Bybee, dass unterhalb einer bestimmten Schwelle, definiert durch Tod und schwere Organschäden, physische und psychische Misshandlungen nicht unter das Folterverbot fallen würden. In weite-

VERHÖRMASNAHMEN

ren, teils abenteuerlichen, Rechtsgutachten bestärkten das Justizministerium und sein Rechtsberater, der Berkeley-Juraprofessor John Yoo, den Präsidenten darin, dass begrenzte Foltermethoden gegen ausländische Terrorismusverdächtige außerhalb des Staatsgebiets der USA angewendet werden dürften, weil vor dem Hintergrund des 9/11-Traumas und der dauerhaften Bedrohung alle verfassungsrechtlichen Schranken irrelevant seien. Damit ließen sich die bekannt gewordenen Foltermemoranden von Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld legitimieren.

ERST STILLSCHWEIGENDE BILLIGUNG ERMÖGLICHTE DAS FOLTERPROGRAMM.

Die vorgebrachten moralischen Begründungsversuche orientierten sich an der häufig gestellten hypothetischen Frage, ob der Staat einen mutmaßlichen Attentäter durch die Zuführung von Schmerzen zur Preisgabe solcher Informationen zwingen dürfe, die möglicherweise einen unmittelbar bevorstehenden Anschlag vereiteln könnten. Die Verantwortung für Folter trägt dieser Logik zu Folge nicht der folternde Staat, sondern der mutmaßliche Terrorist. Utilitaristische Gerechtigkeitstheorien nennen das die Wahl zwischen dem Kleineren von zwei Übeln.

Solche Patt-Situationen entbehren aber, jenseits von Hollywood, jeglicher Realität. Folter als Mittel zum Schutz des Staates ist moralisch und rechtlich verwerflich, weil die Enttabuisierung die Grenze zwischen Erlaubtem und Verbotenem verwischt und die zu Grunde liegende Logik fast zwangsläufig auch auf andere Verhörsituationen angewandt würde.

Die Bush-Administration entschied sich trotz der eigentlich klaren rechtlichen Situation – zuun-

gunsten der Terrorverdächtigen – gegen einen »due process«. Eine falsche Wahl zwischen amerikanischen Idealen und der Sicherheit, wie Bushs Nachfolger Barack Obama in seiner Amtsantrittsrede bemerkte.

Deutlich zeigte sich auch auf der institutionellen und prozessualen Kompetenzebene eine Spannung zwischen einem sich imperial verstehenden Präsidenten – nach Arthur M. Schlesinger definiert als »exekutive Machtkonzentration in Krisenzeiten« – und der verfassungsrechtlichen Kontrolle durch den

Kongress. Mit dem Verweis auf die nationale Sicherheit dehnte die US-Exekutive im Krieg gegen den Terror ihre Machtbefugnisse auf Kosten der beiden anderen Staatsgewalten in einem Maße aus, die das System der »checks and balances« in weiten Teilen konterkariert. Die stillschweigende Billigung durch Parlament und Öffentlichkeit ermöglichte diese Maßnahmen der Bush-Administration.

Vor allem der Kongress ordnete sich nach 9/11 parteiübergreifend den Wünschen der Exekutive unter und ermöglichte durch legislative Blankoschecks wie den »USA PATRIOT Act« die exzessive Politik der Bush-Ära. Auch konnte die Regierung sich in ihrem Vorgehen lange auf die Zustimmung der amerikanischen Öffentlichkeit stützen: Die sprach sich zwischen 2004 und 2011 in Umfragen des »Pew Research Institute« durchschnittlich mit 32 Prozent für Folter unter gewissen Umständen aus, 17 Prozent befürworteten sogar die unbeschränkte Anwendung, während nur 28 Prozent sie komplett ablehnten.

Dadurch ermutigt schuf die Bush-Administration das »System Guantánamo«, dessen intransparente ad-hoc-Militärtribunale außerhalb des Zugriffsbereichs der Legislative, des Obersten Gerichtshofes und der öffentlichen Wahrnehmung lagen. Kontrovers war in diesem Zusammenhang Bushs »signing statement« zum »Detainee Treatment Act« des Kongresses, das 2005 als Antwort auf den Abu-Ghraib-Skandal und die Zustände in Guantánamo noch einmal Misshandlungen von Kriegsgefangenen ausdrücklich untersagte. Mit dieser ergänzenden Ausführungsbestimmung gab Bush den Geheimdiensten – entgegen dem Geist des gerade unterschriebenen Gesetzes – weiterhin einen umstrittenen Freibrief im Umgang mit Terrorismusverdächtigten und berief sich zudem auf sein Recht als Oberkommandierender der Streitkräfte, das Gesetz nach Belieben auslegen zu können. +

Ein Senatsbericht

Nach langem parteipolitischen Tauziehen um die Veröffentlichung des als streng geheim eingestuftes Folter-Untersuchungsberichts, stimmte der Geheimdienstsausschuss des Senats unter der Führung der Demokratin Dianne Feinstein am 3. April 2014 der Veröffentlichung einer Zusammenfassung des als streng geheim eingestuften Dokuments mit 11:3 Stimmen zu. Die Veröffentlichung erfolgte dann acht Monate später am 3. Dezember vergangenen Jahres.

Bestehend aus 499 Seiten und knapp 3.000 Fußnoten wird der Öffentlichkeit schonungslos dargelegt, wie mutmaßliche Terroristen in geheimen Gefängnissen so genannten »enhanced interrogation techniques« ausgesetzt wurden. Ob der vollständige Report in naher Zukunft veröffentlicht wird, ist nach dem republikanischen Wahlsieg 2014 fraglich, weil der Widerstand in Reihen der republikanischen Senatoren mit Ausnahme von John McCain weiterhin groß ist.

VERHÖRMASSNAHMEN

Der Kongress nahm seine verfassungsmäßige Pflicht, die Exekutive in die Schranken zu weisen, erst nach richtungweisenden Urteilen des Supreme Court und dem Präsidentschaftswahlsieg der Demokraten 2008 wieder wahr. Barack Obama beendete dann wenige Wochen nach seinem Einzug ins Weiße Haus das Folterprogramm per Dekret und veröffentlichte zuvor geheime Berichte des Justizministeriums, die der damaligen demokratischen Mehrheit im Kongress zur Aufarbeitung der Verfehlungen der Bush-Ära dienten.

In der Folge warf der Streitkräfteausschuss des Senats der Bush-Administration 2009 nach einer ersten Auswertung der Dokumente vor, dass hochrangige Regierungsmitglieder an »aggressiven Verhörpraktiken« beteiligt gewesen seien und die Anwendung von Folter nicht einfach auf wenige »bad

Bericht über die »erweiterten Verhörmethoden« zeigt. Die von der CIA praktizierten Folterpraktiken waren demzufolge kein effektives Mittel, um Gefangene zur Zusammenarbeit zu bewegen oder nachrichtendienstlich relevante Informationen im Kampf gegen den Terrorismus zu erhalten. Die Ergebnisse stehen in erheblichem Kontrast zu den Angaben der CIA – und auch zu Regisseurin Kathryn Bigelows und Autor Mark Boals »Zero Dark Thirty«, der suggeriert, dass der Geheimdienst wichtige Informationen über den Aufenthalt bin Ladens durch Foltermethoden gewonnen habe. Folter, so der offizielle Senatsbericht, erhöhte tatsächlich in der Bilanz zu keinem Zeitpunkt die Sicherheit der USA. Sie trug weder zur Tötung bin Ladens bei, noch half sie, geplante Terroranschläge zu vereiteln. Die Abwägung zwischen dem Nutzen von Folter und der Legitimität ist somit

onelle politische System der Gewaltenteilung und -verschränkung im Mark.

Beim derzeitigen Selbstheilungsprozess würde die von Obama versprochene Schließung Guantánamos helfen, die aber derzeit sowohl von den Republikanern als auch von Teilen der Demokraten im Kongress über das Haushaltsrecht blockiert wird. Die meisten der 149 Gefangenen könnte die USA paradoxerweise aber auch nach einer etwaigen Entlassung aus »Gitmo« nicht ohne weiteres einfach in ihre Herkunftsländer überführen – weil ihnen dort die Folter droht. ...

Marcus Müller hat an der TU Kaiserslautern Physik und Sozialkunde studiert und ist dort seit 2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen.

FOLTER, SO DER SENATSBERICHT, ERHÖHTE ZU KEINEM ZEITPUNKT DIE SICHERHEIT DER USA.

apples« reduziert werden könne, wie dies öffentlichkeitswirksam im Fall Abu Ghraib versucht worden sei. Es zeigte sich nun deutlich, dass nicht etwa Soldaten niederen Ranges in eigener Initiative die offiziellen Dienstvorschriften missachtet hatten, sondern dass Militärs und Geheimdienstler nach einer informellen politischen Richtlinie handelten, die Misshandlungen an Gefangenen guthieß.

Die Kraft zur Selbstkorrektur, die im demokratischen System der USA strukturell angelegt ist, läuft im Kongress nun aber langsam an, wie der Geheimdienstausschuss des Senates unter Federführung der Demokratin Dianne Feinstein in dem kurz vor Weihnachten 2014 veröffentlichten, 500 Seiten schweren

nicht nur aus normativen sondern auch aus zweckrationalen Gründen falsch.

Es war also keine Wahl zwischen dem Kleineren von zwei Übeln, vor der die USA nach 9/11 standen. Die von der Bush-Administration angenommene Spannung zwischen Sicherheit und Freiheit existierte tatsächlich zu keinem Zeitpunkt. Im Gegenteil: Die nationale Sicherheit wurde durch die Anwendung von Folter und deren Bekanntwerden sogar eher geschwächt. Die fehlgeleitete Politik führte weltweit zu Protesten und versorgte Terroristen in aller Welt mit einem weiteren Motiv in ihrem Kampf gegen »den großen Satan« USA. Darüber hinaus erschütterte das Folterprogramm das traditi-

Quellen und Links:

[Executive Order 13491 von Präsident Barack Obama zum Verbot von Foltermethoden und der Schließung aller von der CIA betriebenen Gefängnisse vom 4. Februar 2015](#)

[Umfrage des »Pew Research Center« zur Anwendung von Folter vom 9. Dezember 2014](#)

[Bericht des Geheimdienstausschusses des US-Senats zum Internierungs- und Verhörprogramm der CIA vom 3. Dezember 2014](#)

[Bericht des Streitkräfteausschusses des US-Senats über den Einsatz »aggressiver Verhörmethoden« vom 22. April 2009](#)

[Rede Präsident Barack Obamas zum Amtsantritt am 21. Januar 2009](#)

[»Bybee-Memorandum« vom 1. August 2001](#)

»EIN SCHOCK WIE 9/11 SETZT ENORME POLITISCHE KRÄFTE FREI«

INTERVIEW: MARCUS MOHR UND SEBASTIAN NIEKE

Vierzehn Jahre nach den Anschlägen des 11. September 2001 finden die USA allmählich zu einem Normalmaß nationaler Sicherheit zurück, findet die Regensburger Politologin **Gerlinde Groitl**. Ihre Analyse des »War on Terror« vergleicht mit amerikanischer Geschichte des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges, um zu demonstrieren, wie außergewöhnlich die Lage nach »9/11« war.

ADLAS: Frau Groitl, welchen Einfluss auf die nationale Psyche der USA haben die Terroranschläge des 11. September 2001 im Vergleich zum japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941?

Gerlinde Groitl: Die Anschläge von 9/11 waren eine echte Zäsur. Dabei muss festgehalten werden, dass die Anschläge in erster Linie das amerikanische Sicherheitsempfinden veränderten, nicht die faktische Sicherheitslage. Doch diese psychologische

Wirkung des 11. Septembers war aus verschiedenen Gründen präzedenzlos.

Erstens trafen die Anschläge mit New York und Washington das amerikanische Festland, und dort mit dem World Trade Center und dem Pentagon zentrale, symbolträchtige Orte – ganz im Unterschied zum Flottenstützpunkt Pearl Harbor, der zwar strategisch wichtig war, aber abseits des amerikanischen Kernlands lag und erst nach dem japanischen Angriff zu einem symbolträchtigen Ort



wurde. Zweitens nutzten die Attentäter zivile Passagiermaschinen und nahmen dezidiert zivile Ziele ins Visier. Sie brachten damit Gewalt und Tod mitten in den Alltag der Menschen; jeder konnte sich nun potenziell bedroht fühlen. Die Terroranschläge negierten damit die historisch gewachsene Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten sowie die Trennung von Krieg und Frieden, zwei Errungenschaften des internationalen Staatensystems. Drittens führten sie in der Interpretation der +

ZIVIL-MILITÄRISCHE BALANCE

damaligen Regierung den Wert von Abschreckung ad absurdum und erforderten grundlegende Neuerungen im sicherheitspolitischen Denken. Sowohl im Empfinden der Menschen als auch in der Analyse der Politik provozierte 9/11 folglich ein immenses Unsicherheitsgefühl, das wegen der Unberechenbarkeit der terroristischen Bedrohung die nationale Psyche nachhaltig beeinflusste.

Hat George W. Bush seine Wiederwahl 2004 dem »Krieg gegen den Terror« und den 9/11-Anschlägen zu verdanken?

Der Krieg gegen den Terror war ein bedeutendes Thema im Wahlkampf 2004, mit dem George W. Bush punkten konnte, aber so absolut würde ich das nicht formulieren. Dafür gibt es zwei Gründe. Einerseits stand Bush nämlich damals auch jenseits des Themenfelds nationale Sicherheit bei der republika-

abgeflaut; und auch sein Gegenkandidat John Kerry konnte durchaus glaubhaft außen- und sicherheitspolitische Expertise für sich reklamieren. Bush wurde also auch, aber nicht nur wegen dem Krieg gegen den Terror wiedergewählt.

Hat der »Krieg gegen den Terror« dem »militärisch-industriellen Komplex«, wie Präsident Dwight D. Eisenhower es 1961 benannt hatte, neues Leben eingehaucht, nachdem er am Ende des Kalten Krieges an Daseinszweck verloren hatte?

Ich muss gestehen, dass ich den Begriff »militärisch-industrieller Komplex« nicht besonders mag, da er mit unglaublich vielen Assoziationen belegt ist. Referenzen auf Eisenhowers Warnung vor dem »militärisch-industriellen Komplex« werden oft so interpretiert, als ob eine unheilige Allianz von Militärs und Rüstungsindustrie heimlich die Strippen in

»NIE ZUVOR BENÖTIGTEN DIE USA DAUERHAFT EINE DERART INNOVATIVE RÜSTUNGSINDUSTRIE.«

nischen Wählerschaft hoch im Kurs und war insbesondere im sozialkonservativen Lager sehr beliebt. Daneben wurden in Umfragen Führungsstärke, Moralität, Glaubwürdigkeit und Nahbarkeit als seine Stärken genannt. Andererseits war der Krieg gegen den Terror für Bush im Wahlkampf 2004 nicht nur von Vorteil: der Irakkrieg polarisierte, zumal sich die USA dort mit einer eskalierenden Aufstandsbe-
wegung konfrontiert sahen; der Abu-Ghraib-Skandal war im Wahljahr ans Licht gekommen; Bushs allgemeine Popularität war nach dem überwältigenden Hoch nach 9/11 schon wieder deutlich

der US-Außenpolitik ziehen und das Land aus Eigeninteresse in Kriege führen würde. Das ist weder faktisch richtig noch das, was Eisenhower damals in seiner Abschiedsrede sagte. Er mahnte, dass die USA die richtige Ressourcenbalance zwischen der Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen und anderen Prioritäten nicht verlieren dürften. Dabei müssen wir bedenken, dass die Frühphase des Kalten Kriegs für die USA ein echter Einschnitt war: Nie zuvor mussten sie außerhalb eines zeitlich begrenzten heißen Konflikts auf unabsehbare Zeit maximal verteidigungsbereit sein. Nie zuvor unterhielten sie in

Dr. Gerlinde Groitl

ist Akademische Rätin auf Zeit an der Professur für Internationale Politik und transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg. Sie hat in Regensburg und Washington, DC Politikwissenschaft und Amerikanistik studiert. Zu ihren Forschungsschwerpunkten heute gehören die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik, die transatlantischen Beziehungen und die westliche Interventionspolitik. In ihrer jüngst veröffentlichten Dissertation untersuchte sie die Ursachen für die virulent auftretenden Konflikte zwischen Politikern und Militärs bei Formulierung und Implementierung der US-Sicherheitspolitik nach dem Kalten Krieg.

Gerlinde Groitl

»Strategischer Wandel und zivil-militärischer Konflikt.«



Wiesbaden (Springer VS)
2015, 733 Seiten, 69,99 Euro

reitschaft dauerhaft aufrecht zu erhalten, ohne dass deswegen andere Themen, demokratische Prozesse oder bürgerliche Freiheiten auf der Strecke blieben. Sonst könnte das Land womöglich zu einem »Kasernenstaat« mutieren, vor dem der Politologe Harold Lasswell schon 1941 gewarnt hatte, wenn sicherheitspolitischen Erfordernissen ständig alle anderen politischen Prioritäten untergeordnet würden. In diesem Kontext muss Eisenhowers Warnung gelesen werden. In diesem Sinne würde ich das so formulieren: Der »Krieg gegen den Terror« hat die Debatte über das richtige Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit, über die Balance zwischen sicherheitspolitischen Prioritäten und anderen, ebenso wichtigen politischen Themen wieder aufleben lassen, und unser Bewusstsein geschärft, dass auch in etablierten Demokratien immer wieder um solche Fragen gerungen werden muss.

Stand Barack Obama damit vor einem ähnlichen Problem wie Eisenhower? Da war ein großer Apparat entstanden, der auf diesen »War on Terror« fixiert war ...

Zunächst einmal: Kein Präsident startet mit einem »leeren Schreibtisch«, jeder tritt das Erbe seines Vorgängers an. Gleichzeitig ist kein Präsident nur getrieben von bestehenden Politiken und Strukturen, jeder gestaltet seine eigene Agenda. Der Kampf gegen den Terrorismus und die damit verbundenen Kriege in Afghanistan und im Irak haben nach 2001 die US-Sicherheitspolitik dominiert. Insbesondere die katastrophale Lage im Irak band zeitweise alle Aufmerksamkeit. Obama versprach im Wahlkampf 2008 innen- und außenpolitischen »Wandel«. Beim Thema Terrorismusbekämpfung war er jedoch näher an Bush, als manche Beobachter glaubten. Obama wollte den Irakkrieg rasch beenden, aber dem

Kampf gegen al-Qaida und der Lage in Afghanistan neue Aufmerksamkeit widmen. Er hielt also den Kampf gegen den Terrorismus von Anfang an für ein zentrales Thema und wollte lediglich die Art und Weise ändern, wie dieser Krieg definiert und geführt wurde. Man kann seine Agenda rückblickend so zusammenfassen: Er versuchte, die großen Interventionen gesichtswahrend zu beenden, »chirurgische« Mittel im Antiterrorkampf zu kultivieren – denken Sie zum Beispiel an gezielte Tötungen und den Drohnenkrieg – und andere, ebenso wichtige Herausforderungen – wie etwa den Aufstieg Chinas – stärker zu berücksichtigen.

Die Tötung Osama bin Ladens 2011 war hier eine entscheidende Wegmarke. Ab dann konnten die USA begründet das Ende der »Dekade des Kriegs« einläuten. Den »Kampf gegen gewaltbereite Extremisten«, wie der Krieg gegen den Terror unter Obama firmierte, wollten sie nun so führen, wie es aus ihrer Sicht nachhaltig möglich ist. Es gibt bei Obama also durchaus »Eisenhower-Momente«, wenn Sie so wollen, da er auf die nötige Balance verweist zwischen Innen- und Außenpolitik, zwischen Antiterrorkampf und anderen Themen, zwischen Sicherheit und Freiheit. Doch wie die richtige Balance aussieht, darüber lässt sich streiten. Das Sammeln von Telekommunikationsdaten im großen Stil besitzt für die USA in der Terrorismusbekämpfung etwa weiter große Bedeutung, daran ließ auch Obama keinen Zweifel.

Welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die Gründung des »Department of Homeland Security« und die Schaffung des Postens eines »Director of National Intelligence«?

Diese institutionellen Reformen folgten logisch aus der Erfahrung mit den Anschlägen von 2001. Staaten sind sich entwickelnde Akteure, deren innerer institutioneller Aufbau sich stetig verändert. Ein

»ES GIBT BEI OBAMA DURCHAUS »EISENHOWER-MOMENTE«, DA ER AUF DIE NÖTIGE BALANCE ZWISCHEN SICHERHEIT UND FREIHEIT VERWEIST.«

Schock wie 9/11 setzt enorme politische Kräfte frei, um sich für die neuen Herausforderungen zu rüsten. Um abermals einen kurzen Vergleich mit der Frühphase des Kalten Krieges zu ziehen: Wo zuvor Heer und Marine je einem eigenständigen Ressort unterstellt waren, richteten die USA 1947 ein Verteidigungsministerium mit einem Verteidigungsminister an der Spitze ein.

Sie riefen damals außerdem den Nationalen Sicherheitsrat ins Leben, etablierten die Joint Chiefs of Staff als dauerhaftes militärisches Beratergremium und gründeten die CIA. Eine Professionalisierung der Sicherheitspolitik schien nötig, um gegen die Sowjetunion bestehen zu können. Die Einrichtung eines Heimatschutzministeriums im November 2002 zur Bündelung von Behörden und Kompetenzen sowie die Benennung eines Director of National Intelligence Anfang 2005 zur Koordinierung der mittlerweile 16 Nachrichtendienste waren demnach wenig überraschend.

Wie aber verträgt sich dieses institutionelle Wachstum mit der in den USA populären Forderung nach »small government«?

Die amerikanische politische Kultur ist tatsächlich traditionell geprägt von einer Skepsis vor dem »starken Staat«, ja gar einem Misstrauen gegenüber staatlicher Macht. Nach 9/11 war das Unsicherheitsgefühl aber so groß, dass sich das politische Klima deutlich veränderte. Umfragen zeigten, dass nach den Anschlägen eine Mehrheit selbst eine Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten für notwendig hielt, wenn es der Bekämpfung des Terrorismus diene. Das unterstreicht, wie tief der Schock saß. Besonders interessant ist dabei, dass ausgerechnet das konservative Lager, das bei anderen politischen Themen äußerst staats skeptisch ist, in der Terrorismusbekämpfung dem Staat als Sicherheitsgaranten besonders viele Kompetenzen zugestand.

»DIE MÖGLICHEN GEFAHREN MILITÄRISCHEN NICHT-HANDELNS NACH 9/11 DOMINIERTEN IN DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG.«

Gestand man dem Staat eine solche wichtige Rolle auch etwa in der Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu?

Vereinfacht gesagt: Nein, Sicherheit ist das einzige Politikfeld, auf welches das in der Form zutrifft. Und die entscheidende Frage ist, wie dauerhaft dieser Trend ist. Mittlerweile wird auch in den USA wieder nüchterner und kritischer über das Thema gesprochen. Im Zuge der Finanz- und Wirtschafts-

krise steuerten die USA zwar auch mit Bankenrettung und massiven Konjunkturprogrammen gegen, doch insbesondere im konservativen Lager war der Unmut über die wachsenden Staatsschulden enorm. Der Aufstieg der staats skeptischen »Tea Party«-Bewegung während Obamas erster Amtszeit war Ausdruck davon.

Nach dem Golfkrieg 1991 galt das amerikanische »Vietnam-Trauma« als überwunden. Haben die Kriege im Irak und Afghanistan das möglicherweise wieder ins Gegenteil verkehrt?

Hier müssen wir zunächst einmal klären, was mit »Vietnam-Trauma« gemeint ist. Das Gefühl eigener Schwäche und der Bruch der Gesellschaft mit dem eigenen Militär, wie sie sich nach Vietnam offenbart hatten, waren mit dem Golfkrieg tatsächlich passé. Die jüngsten militärischen Interventionen in Afgha-

kalkulierbaren Einsatz hineinzuschlittern, war bei den Debatten zum Einsatz der US-Streitkräfte bis in die 1990er Jahre deutlich sichtbar.

Nach 9/11 dominierten in der Entscheidungsfindung aber nicht die möglichen Gefahren militärischen Handelns, sondern die des Nicht-Handelns. Die Bush-Administration glaubte, dass Regimewechsel in Afghanistan und im Irak relativ schnell und einfach machbar wären und großen politischen Nutzen besitzen würden. Letztlich verstrickten sich die USA jedoch in beiden Fällen ungeplant in komplexe, langwierige Missionen zur Aufstands bekämpfung und zum Staatsaufbau. Das schlägt sich heute in einer neuen Interventionsskepsis nieder. Hier gibt es durchaus ein paar Parallelen zur Zeit nach Vietnam. Aber insgesamt betrachtet waren die Kriege in Afghanistan und im Irak für die USA weit weniger spaltend als der Vietnamkrieg. Nur ein kleines Beispiel: Während des Vietnamkriegs gab es die Wehrpflicht, die große soziale Sprengkraft entfaltete und letztlich aufgegeben wurde; heute gibt es eine Berufsarmee und die breite Gesellschaft spürte die Kosten der Kriege in Afghanistan und im Irak dadurch nur indirekt. Von einem neuen »Trauma« würde ich daher insgesamt nicht sprechen.

Was fehlt uns Deutschen und Europäern um die Perspektive der USA zu verstehen? Liegt in unseren unterschiedlichen Sichtweisen auf »Sicherheit« die Keimzelle für weitere transatlantische Zwietracht?

Die USA versuchten nach 9/11 aus Furcht vor weiteren Anschlägen, Risiken zu kontrollieren. Ihr Sicherheitsbedürfnis verlangte weitreichende Maßnahmen und ihr Machtpotenzial erlaubte es ihnen, solche zu ergreifen. Auch Deutschland und Europa reagierten auf 9/11, in vielen Bereichen gab es in der Terrorismusbekämpfung Übereinstimmung und +

Kooperation mit den USA. Dazu gehören etwa die »Antiterror-Pakete« in der deutschen Gesetzgebung und eine vertiefte Geheimdienstkooperation. Das bis heute sichtbarste Beispiel ist der Entschluss zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Doch generell haben sich zwischen den USA und Europa bald deutliche Unterschiede in den für notwendig erachteten Zielen und den akzeptierten Mitteln gezeigt – auch weil die Bush-Administration nach 9/11 in ihrer Suche nach absoluter Sicherheit überzog. Dies führte nach 2001 zu heftigen transatlantischen Zerwürfnissen, unter anderem wegen der Gefangenen von Guantánamo, des Irakkriegs oder jüngst aufgrund des NSA-Skandals.

Auch heute gibt es offensichtlich noch Meinungsverschiedenheiten, aber wir befinden uns in einer anderen Zeit. Dass die Terrorismusbekämpfung nicht alles überschatten darf und nicht jedes Mittel rechtfertigt, war eine von Barack Obamas zentralen sicherheitspolitischen Botschaften in seiner ersten Amtszeit. Eine grundsätzlich unterschiedliche Interpretation von Sicherheit sehe ich heute nicht als das Problem für die weitere transatlantische Zusammenarbeit. Die Ukraine-Krise und der Umgang mit Russland, der sogenannte »Islamische Staat«, der Aufstieg Chinas und die Verschiebung weltwirtschaftlicher Gewichte, Deutschlands Rolle in der internationalen Politik – es gibt viele Themen, bei denen uns politisch mehr eint als trennt. Die größte Hürde für die transatlantischen Beziehungen ist heute eher der immense Vertrauensverlust in der Gesellschaft, der sich insbesondere in Deutschland die vergangenen Jahre über gezeigt hat. Für künftige transatlantische Großprojekte – denken Sie etwa an TTIP – braucht es gesellschaftlichen Rückhalt. Die Politik auf beiden Seiten des Atlantiks ist daher gefordert, aktiv für gemeinsame Initiativen zu werben und sie öffentlich zu vermitteln.

Antiamerikanische Stereotype in Deutschland werden seit den 1960er Jahren ja typischerweise mit der radikalen politischen Linken assoziiert. Wie wirkt sich der Vertrauensverlust durch steigende Skepsis im bürgerlichen Lager aus, welches den USA eigentlich traditionell aufgeschlossen gegenüber steht?

Lassen Sie mich hier drei Punkte machen. Erstens: Wir sehen heute – verallgemeinert formuliert – in einem ganz anderen Maß als früher auch in der Mitte der Gesellschaft Skepsis und Misstrauen gegen die amerikanische Politik, wenngleich auf der politischen Ebene der Wert der transatlantischen Partnerschaft weiter unstrittig ist. Doch in den vergangenen zehn Jahren hat das Ansehen der USA in Deutschland insgesamt sehr gelitten und zwar über politische Lagergrenzen hinweg. Die Konfliktpunkte – vom Irakkrieg bis zum NSA-Skandal – polarisierten auch in der politischen Mitte und weckten heftige Emotionen. Das mag auch daran liegen, dass das deutsch-amerikanische Verhältnis in der Vergangenheit so eng war und die Entfremdung bzw. Enttäuschung daher besonders tief geht.

Zweitens: Mitunter überschreitet diese »Mainstream-Amerikaskepsis« die Grenze zum Antiamerikanismus. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Kritik an den USA ist nicht pauschal als Antiamerikanismus abzutun. Über Sachfragen kann und muss man inhaltlich streiten. Doch seit 9/11 trat im öffentlichen Diskurs das Spiel mit negativen Stereotypen zu oft an die Stelle der Sachkritik. Denken Sie etwa daran, dass George W. Bush gerne als einfältiger, schießwütiger Texaner präsentiert wurde, der mutmaßlich den Weltfrieden gefährdete. Denken Sie an die vereinfachte Darstellung der USA als angeblich aggressiver Militärmacht, die auf Waffen statt Diplomatie setze und uns Europäer in Konflikte ziehe. Inhaltlich ist das völlig falsch. Es handelt

sich dabei um krude Vereinfachungen, die ein negatives Zerrbild der USA transportieren. Doch im öffentlichen Diskurs sah man bedauerlicherweise zunehmend auch jenseits des linken Lagers Anklänge solcher Narrative.

Drittens: Der Vertrauensverlust zu den USA hat Auswirkungen auf aktuelle politische Debatten, ob wir an die oftmals fast irrational geführte TTIP-Diskussion in Deutschland denken oder das mancherorts überraschend große Verständnis für Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim und sein Vorgehen in der Ostukraine. Wo es Misstrauen gibt, lässt sich nämlich leicht Zwietracht schüren – und sei es durch Halbwahrheiten oder Desinformation. Zugleich zeigt sich, dass die Vertrauenskrise nicht nur die USA betrifft, sondern auch eine Herausforderung für die deutsche und westliche Politik in einem weiteren Sinne darstellt. Deutschland muss international mehr Verantwortung übernehmen, weil die Probleme dieser Welt nicht verschwinden, wenn wir die Augen vor ihnen verschließen. Das muss die Politik der Bevölkerung überzeugend vermitteln. ●●●

Quellen und Links:

[Umfragebericht »United in Remembrance, Divided over Policies« des Pew Research Center vom 1. September 2011](#)

HEIMATFRONTEN

VON ANNE-KATHRIN KRAUEL

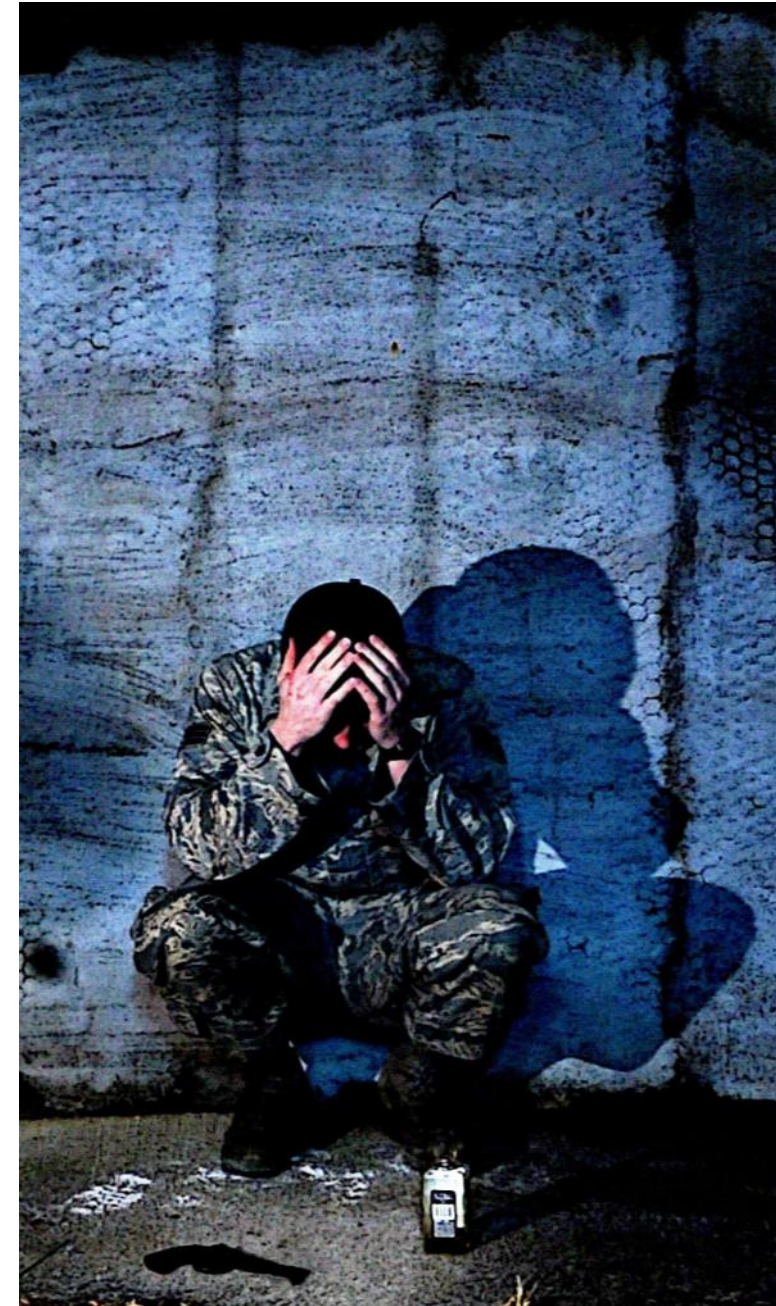
Neun Prozent aller erwachsenen US-Bürgerinnen und -Bürger sind Veteranen. Für ihre Betreuung ist ein eigenes Bundesministerium zuständig – und das erweist sich angesichts steigender Arbeits-, Obdachs- und Aussichtslosigkeit unter seinen Anvertrauten als ächzendes Bürokratiemonster. Bessere Hilfe leisten anscheinend eher private Initiativen.

»We are not your heroes. Heroes come back in body bags and caskets. We are now society's burden, ALCOHOLICS, DRUG ADDICTS, POT HEADS, CRIPPLES. We are displaying our pain. Begging for help that falls onto the VA's deaf ears.«

Es sind Zeilen der Irak-Veteranin Jennifer Pacanowski, die 2004 mit 24 für ihren ersten Einsatz in den Irak ging. 2003 trat sie der Armee mit dem Ziel bei, Krankenschwester zu werden. Nicht ganz ein Jahr später fand sie sich als Sanitäterin mitten im Irakkrieg wieder, die als Ambulanzfahrerinnen den ersten Kontakt mit den Verletzten der Konvoys hatte. In ihrem Gedicht »We are not your heroes« zeigen sich Schmerz und Verzweiflung und das Gefühl, für Amerikas Gesellschaft eine Last zu sein. Das Schreiben half ihr, mit ihren schrecklichen Erfahrungen und posttraumatischen Problemen umzugehen. Geholfen

hat ihr dabei die Organisation »Warrior Writers«, die 2007 von der Kriegsgegnerin Lovella Calica gegründet wurde. »Warrior Writers« hat sich zum Ziel gemacht, Kriegsveteranen durch Kreativität und Kunst im weiten Sinn aus Isolation dem Schweigen heraus und wieder hinein ins Leben zu helfen.

»Warrior Writers« ist nur eine von vielen Vereinigungen und Initiativen, die Veteranen in verschiedenster Weise unterstützen wollen und damit eines der heikelsten Probleme der Vereinigten Staaten angehen: die Betreuung und Versorgung ihrer aus Kriegen und sonstigen Einsätzen heimgekehrten Soldatinnen und Soldaten. Nach Angaben der Zensusbehörde lebten 2013 rund 22 Millionen Veteranen in den USA – von Generationen noch aus dem Zweiten Weltkrieg bis hin zum sogenannten »Global War on Terror«.



Mit der Rückkehr von Soldaten aus einem Krieg endet der Kampf für sie keineswegs. Zwar haben sie es in »einem Stück« nach Hause geschafft, doch hier beginnt oft ein anderes Ringen. Neben ihren Leiden an Folgen körperlicher Verletzungen kämpfen die Heimgekehrten vor allem gegen die Feinde in ihren Köpfen – gegen Angst, Depressionen, Schlafstörungen und verschiedene psychische Krankheiten, darunter die unter Soldaten verbreitete Posttraumatische Belastungsstörung (PTSD).

DIE HEIMGEKEHRTEN KÄMPFEN VOR ALLEM GEGEN DIE FEINDE IN IHREN KÖPFEN.

In der Folge seien Veteranen im Vergleich zu Zivilisten doppelt so stark gefährdet, in die Langzeitarbeitslosigkeit zu geraten, berichtete *Deutsche Welle*-Korrespondent Andrew Purcell 2012. Und wenn auch laut Angaben des »Bureau of Labor Statistics« 2014 mit 6 Prozent im Schnitt genauso viele Veteranen wie Nicht-Veteranen arbeitslos waren, gibt es eine dramatische Ausnahme: Unter den 18- bis 24-jährigen ehemaligen Soldatinnen und Soldaten liegt die Arbeitslosigkeit bei 16,2 Prozent, noch einmal deutlich höher als der nationale Schnitt von 12,5 Prozent in der gleichen Altersgruppe.

Eng verwoben mit der Arbeitslosigkeit unter Veteranen ist die Obdachlosigkeit. Der »National Alliance to end homelessness« und dem »Department of Housing and Urban Development« zufolge waren bei einer »Point-in-time«-Zählung im Januar 2014 rund 50.000 amerikanische Veteranen obdachlos. Die »Veteranen-Zeltstadt« von San Diego ist nur ein trauriges Beispiel dafür.

Nicht zuletzt spiegelt die Selbstmordrate die Verzweiflung und Frustration von Veteranen wider. Eine breit angelegte Studie von mehreren medizinischen Forschungsinstituten, veröffentlicht in den *Annals of Epidemiology*, fand heraus, dass von knapp 1,3 Millionen untersuchten Veteranen, die zwischen 2001 und 2007 gedient hatten, bis Ende 2009 1.868 Selbstmord begangen hatten. Die Selbstmordrate liege unter ehemaligen Soldaten demnach bis zu 61 Prozent höher als unter der amerikanischen Ge-

samtbevölkerung. Noch vor den Kriegen in Irak und Afghanistan habe diese Rate um bis zu 30 Prozent niedriger gelegen. Nicht erklären konnten sich die Forscher allerdings den Umstand, dass die Rate bei den Soldaten, die im Einsatz waren, wiederum deutlich geringer war als bei denen, die nie im Kampf im Mittleren Osten gestanden hatten. Die *Los Angeles Times* berichtete im Januar 2015 zudem von Schätzungen des Department of Veteran Affairs, laut denen sich durchschnittlich 22 Veteranen pro Tag das Leben nähmen.

Seit jeher hat Amerika ein besonderes Verhältnis zu seinen Veteranen. Anders als in Deutschland sind die ehemaligen Soldaten weitaus präsenter in der Gesellschaft. Viele Amerikaner danken ihren »Helden« mit dem Satz »thank you for your service«, wenn sie sie ihnen im Alltag begegnen. Feiertage wie der »Memorial Day«, bereits seit 1868 etabliert, um der Toten des Bürgerkriegs zu gedenken, oder der »Veterans Day«, ursprünglich für die Soldaten des Ersten Weltkriegs geschaffen, ehren all-

jährlich alle amerikanischen Kriegsveteranen mit nationalen Feierlichkeiten. Reden des Präsidenten danken ihnen für ihren Mut, ihre Tapferkeit und ihren Einsatz für das Vaterland sowie die Verteidigung der amerikanischen Werte. Doch öffentliche Anerkennung allein kann die notwendige finanzielle, gesundheitliche und speziell psychologische Betreuung nicht ersetzen.

Zuständig für alle Anliegen rund um die amerikanischen Veteranen ist das Veteranenministerium – das »United States Department of Veteran Affairs«. Die Ursprünge des Ministeriums lassen sich bis 1636 zurück verfolgen, als die Pilger der englischen Kolonie Plymouth in Massachusetts Krieg gegen die Pequot-Indianer führten. Mit einem Gesetz, das den verletzten Soldaten Unterstützung durch die Kolo- +

Wer ist Veteran?

Das amerikanische Veteranenministerium »Department of Veteran Affairs« legt genau fest, wer als Veteran gezählt wird und somit Anspruch auf die Dienste und Unterstützung des Ministeriums erhält. In dessen Handbuch »General Claims Process« werden Veteranen definiert als Personen, deren Dienst in den Land-, See- oder Luftstreitkräften der USA angeschlossen ist und die nicht unehrenhaft entlassen wurden. Das schließt also auch die Soldatinnen und Soldaten ein, die unter Umständen nie im Einsatz gewesen sind.

Nach Stand vom 30. September 2014 leben in den Vereinigten Staaten derzeit etwa 22 Millionen Veteranen. Davon sind allein 7 Millionen ehemaligen Soldaten der Vietnam-Ära und etwas mehr als 2 Millionen noch junge Veteranen aus Irak und Afghanistan. Eine genaue Auflistung sowie Zukunftsschätzungen über Alter, Geschlecht, Dienstzeit und Ethnizität findet sich auf der [Website des Ministeriums](#).



Eine Nacht in Baltimore: Ende Januar 2015 hat das Veteranenministerium zusammen mit lokalen Sozialbehörden seine jährliche »Point-in-Time«-Zählung durchgeführt, um statistisch zuverlässig zu ermitteln, wieviele Veteranen in den USA obdachlos sind.

Foto: US Department of Veterans Affairs/Robert Turtill

nie zusicherte, begann die Entwicklung eines ausgefeilten Verwaltungsapparats in den späteren Vereinigten Staaten. Untergliedert in die Bereiche Gesundheit, Leistungen und Nationale Friedhöfe ist das Veteranenministerium heute, gemessen an seiner Mitarbeiterzahl, nach dem Verteidigungsministerium das zweitgrößte Bundesministerium, hat jedoch ein deutlich geringeres Budget: 2015 sind es 163,5 Milliarden US-Dollar.

Trotz – oder wegen – der Größe des Apparats versagte die Politik allerdings lange in ihrem Kampf an der Heimatfront. »The government has failed in its responsibility to veterans. Where is the administration's sense of urgency?«, kommentierte John McCain, US-Senator und ehemaliger Präsidentschaftskandidat, im Mai 2014 im *Wall Street Journal* die bedrückende Lage: den anscheinend wenig er-

folgreichen Kampf gegen erdrückende Zahlen von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Selbstmorden unter den einst als Helden gefeierten Veteraninnen und Veteranen.

IST DIE GRÖSSE DES APPARATS SCHULD AM EIGENEN VERSAGEN?

Woran liegt das? Dass Veteranen in der Regel stark unter ihren Erfahrungen leiden, die von Zivilisten kaum nachvollzogen werden können, ist nicht neu. Doch es bedarf ausreichender medizinischer und vor allem psychologischer Versorgung, um die Veteranen beim Einstieg in das alltägliche Leben nach

dem Krieg zu begleiten. Diese Versorgung ist in den USA nicht in befriedigendem Maß gegeben.

Besondere Aufmerksamkeit hat im letzten Jahr ein Skandal um die gesundheitliche Versorgung der Veteranen erregt. Nach Recherchen von CNN, die der Sender im April 2014 publik machte, waren demnach in Einrichtungen der »Veterans Health Administration« in Phoenix, Arizona, mehr als 35 Veteranen gestorben, während sie auf ihre Behandlung warten mussten. Gegen mehr als 26 Krankenhäuser und andere Einrichtungen des Veteranenministeriums strengte der »Inspector General«, der Auditor, des Ressorts daraufhin Untersuchungen auf den Verdacht auf chronische Misswirtschaft, Täuschung und Vernachlässigung an. Aufgrund des Skandals trat Veteranenminister Eric K. Shinseki, selbst ein Veteran des Vietnamkrieges und hochdekoriertes ehemaliges Viersterne-General, zurück.

»It is therefore the height of shame and tragedy that on this Memorial Day [26. Mai 2014; d. Red.] the nation is seized with the unfolding scandal of the government's failure to meet its highest responsibility to veterans and wounded warriors«, klagte Senator McCain das zuständige Ministerium an. Allein schon die Bearbeitung der Anträge von Veteranen auf Un-

terstützung jeder Art dauere in 70 Prozent aller Fälle mehr als vier Monate. »Simply put, America's veterans are losing confidence in the one government agency that exists solely to care for them.«

Im Juni 2014 legte das Veteranenministerium schockierende Zahlen vor: Etwa 57.000 Veteranen +

SOZIALWESEN

warteten zu diesem Zeitpunkt auf einen Behandlungstermin; 64.000 Veteranen, die bereits seit zehn Jahren offiziell in Versorgungsprogrammen eingeschrieben waren, waren noch nie von einem zuständigen Arzt behandelt worden. Der Grund dafür? Das Ministerium war schlichtweg in höchstem Maß überbelastet.

Dabei hatte es unter der Obama-Administration schon einige Schritte für eine Verbesserung gegeben. Bereits zu seinem Amtsantritt versprach Barack Obama in seiner Rede zur Lage der Nation im Februar 2009, das »heilige Vertrauensverhältnis mit jenen zu erneuern, die unserem Land dienen«. Er kündigte an, den Sold zu erhöhen und den Veteranen jene »erweiterte Gesundheitsfürsorge und die Leistungen zur Verfügung stellen, die sie sich verdient haben«. Die Regierung wollte sich beispielsweise für einen besseren Zugang zu Bildung für Veteranen, für einen Unterstützungsservice für den Übergang ins zivile Leben und die erweiterte Gesundheitsfürsorge einsetzen. Unterfüttert wurden diese Maßnahmen mit einem stetig wachsenden Etat: von 98 Milliarden US-Dollar 2009 bis zu den 169 beantragten Milliarden für 2016.

Jedes Jahr ruft Obama in seiner Rede zur Lage der Nation die amerikanische Gesellschaft erneut dazu auf, den Menschen, die für die Freiheit Ameri-

Durchschnittshelden:
ehemalige US-Soldaten
am »Veterans Day«,
am 11. November 2014,
in New York

Foto: Iraq and Afghanistan
Veterans of America



home, we owe them every opportunity to live the American Dream they helped defend.« Davon sind die USA leider noch weit entfernt.

Zwei wesentliche Probleme haben sich als besonders beharrlich erwiesen: Zum einen ist das Veteranenministerium nach wie vor hoffnungslos

langfristig betreut und begleitet werden. Eine einmal genehmigte, befristete Hilfsleistung reicht für sie oft nicht aus. Die Mehrheit der Veteranen fühlt sich weiterhin von der Gesellschaft unverstanden, als Last und vom zivilen Alltagsleben ausgeschlossen, so das Ergebnis einer Studie von *Washington Post* und der Kaiser Family Foundation aus dem März 2014, noch vor dem Skandal in der Gesundheitsversorgung der ehemaligen Soldaten.

Das Thema ist nicht neu. Schon 1946 nach Ende des Zweiten Weltkriegs, und nachdem rund acht Millionen amerikanische Soldaten in ihre Heimat zurückgekehrt waren, stellte der damalige Leiter der »Veterans Administration« General Omar N. Bradley eine vergleichbare schlechte Stimmung fest, wie die *Zeit* im Juni 1946 berichtete. Bradley beschrieb, wie nur wenige Monate nach dem Sieg über +

AMERIKA BLEIBT VIELEN VETERANEN DEN AMERIKANISCHEN TRAUM SCHULDIG.

kas gekämpft hätten, bei ihrer Rückkehr ebenso zu dienen, wie diese Amerika gedient hätten. So auch in seiner »State of the Union« diesen Jahres am 21. Januar: »And as a new generation of veterans comes

überfordert, um Anträge auf finanzielle Leistungen und medizinische Versorgung schnell und effektiv zu bearbeiten. Zum anderen müssen die Veteranen mit psychischen Erkrankungen und Depressionen

SOZIALWESEN

Deutschland und Japan und der Rückkehr der Soldaten die Menschen zu vergessen begannen, was die Soldaten erlebt und durchgemacht hatten. Dem Arbeitsmarkt erschien schon damals die meisten Veteranen als schwer integrierbare, merkwürdig isolierte Menschen, die kaum jemand einstellen wollte.

Doch ähnlich wie 1946 braucht Amerika Zeit um Lösungen umzusetzen. Von der Idee bis zur Verwirklichung werden noch weitere Jahre ins Land ziehen, in denen die Veteranen vermutlich selbst schauen müssen, wie sie am besten zurechtkommen. Vielen scheint auch heute leider noch der Selbstmord der letzte Ausweg. Organisationen wie »Warrior Writers« versuchen, diesem Defizit in der Politik ihren Beitrag entgegen zu setzen. Jennifer Pacanowski hat es dank dieser Initiative letztlich geschafft: Mit ihrer Poesie hat sie gelernt, sich mit ihren Erfahrungen und Alpträumen auseinander zu setzen. Bis heute hat sie mehrere Bücher veröffentlicht, sie schreibt für verschiedene Zeitungen und engagiert sich nun selbst wiederum für ihre Veteranen-Kameraden, die den Weg zurück ins zivile Leben noch vor sich liegen haben. •••

Anne-Kathrin Krauel hat in Magdeburg, Melbourne und Bonn Wissensmanagement, Politikwissenschaft und Soziologie studiert.

We are not your heroes

We are not your heroes.
Heroes come back in body bags and caskets.
We are now society's burden,
ALCOHOLICS
DRUG ADDICTS
POT HEADS
CRIPPLES
We are displaying our pain.
Begging for help that falls onto the VA's deaf ears.
Pill popping to silence us into numbness and dead eyes.
WE ARE NOT YOUR HEROES.
We are now a mental disease.
NO VACCINATIONS FOR PTSD.
NO CURE for Post traumatic stress disorder.
We fight for our cure with our
ALCOHOLISM
DRUG ADDICTIONS
SMOKING WEED ...
We are hurting ourselves,
Letting society watch our pain and suffering.
WE ARE NOT YOUR HEROES.
We are your BURDEN
Smacking you in the face with our honesty of this
needless war.
WE FOUGHT
So you have the freedom to JUDGE us.
I wish I never came back.

Jennifer Pacanowski

Quellen und Links:

[Website der Initiative »Warrior Writers«](#)

[Website des Interessenverbandes »Iraq and Afghanistan Veterans of America«](#)

[Website des »US Department of Veterans Affairs«](#)

[Pressemitteilung »Employment situation of veterans« des US Bureau of Labor Statistics vom 18. März 2015](#)

[Tim A. Bullman u.a.: »Suicide risk among 1.3 million veterans who were on active duty during the Iraq and Afghanistan wars«, in den *Annals of Epidemiology*, Ausgabe 25 \(2015\), Seiten 96 bis 100](#)

[systemweite Übersicht des »US Department of Veterans Affairs« vom 9. Juni 2014](#)

[Kommentar »The Scandal That Shadows Memorial Day« von John McCain im *Wall Street Journal* vom 23. Mai 2014](#)

[Studie »Survey of Iraq and Afghanistan Active Duty Soldiers and Veterans« der *Washington Post* und der Kaiser Family Foundation vom März 2014](#)

[Bericht »Pentagon reassesses burgeoning crop of suicide prevention programs« der *Stars and Stripes* vom 1. Oktober 2013](#)

[Reportage »Die vergessenen US-Veteranen« von Andrew Purcell, *Deutsche Welle*, vom 30. Dezember 2012](#)

[Berichtspapier »Obama Administration Record for Veterans and Wounded Warriors« des Weißen Hauses aus dem Jahr 2012](#)

[Bericht »Die Veteranen der USA« in der *Zeit* vom 13. Juni 1946](#)

VERSTÄNDNISPROBLEME

VON ULRICH KÜHN

Die anhaltende Krise in der Ukraine offenbart ein schwerwiegendes Defizit amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik: Washington hat verlernt, Russlands strategische Interessen und Motive zu erkennen und zu begreifen. Die Folgen dieser Fehlwahrnehmung befeuern die aktuelle Konfrontation, legen den Grundstein für künftige Konflikte und verhindern einen konstruktiveren Kurs gegenüber dem Kreml. Eine (neo)realistische Analyse



In ihrem jüngsten »Report on US-Russia Relations« kommen die Experten des »International Security Advisory Board« – einem Expertenkomitee, welches das US-Außenministerium unterstützt und berät – zu dem Schluss, dass Russlands Vorgehen in der Ukraine »zum Teil eine Reaktion auf Grund der wachsenden Angst davor war, dass die zunehmende Annäherung der Ukraine an Westeuropa schließlich zu einer Mitgliedschaft des Landes in der Nato führen könnte«.

Um russische Bedenken zu entschärfen, schlagen die Experten deshalb unter anderem vor, als vertrauensbildende Maßnahme die Zahl der gegenseitigen Inspektionen auf Grundlage des »Wiener Dokuments« zu erhöhen. Ziel dieses Abkommens im Rahmen der OSZE, welches seit den 1990er Jahren regelmäßig modernisiert wurde, soll die Stärkung gegenseitigen Vertrauens mittels militärischer Transparenz im konventionellen (nicht-nuklearen) Bereich sein. Bei der letzten Modernisierung des Dokuments im Jahre 2011 hatten die Nato-Staaten kritisiert, dass diese »deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben« sei. Wie also auf Grundlage eines auch Allianz-intern umstrittenen Dokuments, welches lediglich einen Teilaspekt militärischer Vertrauensbildung adressiert, den russischen Ängsten wirksam begegnet werden sollte, bleibt das Geheimnis der US-Experten.

Die Tatsache, dass ein solch hochrangig besetztes Beratergremium dem US-Außenministerium ernsthaft eine so schwache Empfehlung an die Hand gibt, weist auf zwei sich gegenseitig beeinflussende, wichtige Trends amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik hin: Erstens, dass wichtige Teile der amerikanischen Politelite Russland schlicht nicht (mehr) verstehen, und dass daher, zweitens, die Vereinigten Staaten über keine kohärente Strategie im Umgang mit Moskau verfügen.

+

Russland ist eine Macht, die sich am » Status quo« orientiert und die Erhaltung desselben als Handlungsmaxime sieht. Dies mag, gerade angesichts der illegalen Annexion der Krim und der fortgesetzten Destabilisierung der östlichen Ukraine, weit hergeholt klingen – passt aber bei genauerem Hinsehen durchaus zu dem Kurs, den Moskau seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer gesteuert hat. Die diesem Kurs zu Grunde liegenden nationalen Interessen waren und sind die Bewahrung des russischen Einflusses in den ehemaligen Sowjetrepubliken – dem »nahen Ausland« – und eine Verhinderung der Ausdehnung der Nato gen Osten. Diese grundsätzliche Ausrichtung hat sich seither nicht geändert – die Strategien zur Durchsetzung der russischen Interessen hingegen schon. Den meisten US-Experten sind diese Strategie-Wenden verborgen geblieben.

Während der 1990er Jahre konzentrierten sich die russischen Versuche, die Nato-Osterweiterung zu verhindern, vor allem auf öffentlichen Widerspruch und hoffnungslose diplomatische Initiativen, wie etwa Gorbatschows Vision des »gemeinsamen Haus Europa«. Gleichzeitig »verkaufte« sich Washington von Russland in dieser Phase die stillschweigende Zustimmung des Kreml. Denn auch wenn Präsident Boris Jelzin noch 1997 öffentlich bekundete, dass die Osterweiterung ein »schwerer Fehler« sei, so war Russland schlicht zu schwach, um diese Entwicklung zu verhindern. Als die US-Administration den Russen erhebliche Anreize für die stillschweigende Zustimmung zur Nato-Erweiterung anbot (vor allem in der Aufnahme in diverse multilaterale Foren wie die G7), akzeptierte Moskau den Deal, um, so Jelzin, »die negativen Auswirkungen für Russland zu minimieren.«

Mit Anbruch des neuen Jahrtausends änderte sich allerdings die Lage – und mit ihr die russische

Strategie. Anstatt sich weiter fruchtlos öffentlich über die Ausdehnung der Nato zu beklagen, begann die neue Regierung unter Wladimir Putin, die eigene Wirtschaft – und damit einhergehend den russischen Einfluss auf das »nahe Ausland« – zu konsolidieren. Gleichzeitig stellte der neue Präsident öffentlich klar, dass Russland eben dieses »nahe Ausland« als seine exklusive Einflussosphäre betrachtete und damit »vitale nationale Interessen« verband. Währenddessen trieb die Nato unter US-Führung davon völlig unbeeindruckt zwei weitere Erweiterungsrunden gen Osten voran.

Im Jahr 2007 änderte sich die russische Strategie dann erneut, als sich das Land mit neuem Selbstbewusstsein auf der internationalen Bühne zurückmeldete. Der erste Schritt war dabei die faktische Aufkündigung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) durch Russland. Dieser »Meilenstein« der Rüstungskontrolle hatte im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten

Grenzen in allen Bereichen überschritten« zu haben. Die Zeichen standen auf Sturm.

Als Washington unter George W. Bush dann 2008 auf den Nato-Beitritt der Ukraine und vor allem Georgiens drängte, führte eine unvorsichtige Provokation des von der US-Regierung unterstützten Präsidenten Micheil Saakaschwili zu einem fünftägigen Krieg mit Russland, der nicht nur die vollständige russischen Kontrolle über Abchasien und Südossetien bedeutete, sondern auch alle Nato-Beitrittsambitionen der georgischen Regierung begrub. Mit dem Krieg hatte Russland Tatsachen geschaffen und de facto die Tür für einen Nato-Beitritt Georgiens geschlossen, da sich Tiflis nun auf absehbare Zeit mit zwei »eingefrorenen Konflikten« und zusätzlichen russischen Truppen auf seinem Territorium konfrontiert sah. Zwei Monate später präsentierte der damalige russische Präsident Medwedjew den Entwurf eines Vertrages zur Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur. Das grundlegende

KOOPERATION: FRÜHER MÖGLICH – HEUTE NICHT MEHR

Kriegs die Zahl und Ausrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa erheblich reduziert. Mit der Vertragssuspendierung im Jahr 2007 reagierte Russland auf die Bedingung der Nato-Staaten, eine aktualisierte Version des Abkommens nur dann zu ratifizieren, wenn Russland vorher seine Truppen aus den abtrünnigen Gebieten Transnistrien, Abchasien und Südossetien zurückzöge – Gebiete, die Moskau allesamt zum »nahen Ausland« zählt. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz warf Wladimir Putin den USA auch deshalb vor, ihre »nationalen

Ziel der Russen war dabei die vertragliche Verankerung eines russischen Vetorechts bezüglich künftiger Nato-Erweiterungen. Wenig überraschend lehnten Washington und seine Alliierten diesen Vorschlag ab und delegierten die weiteren Konsultationen an die OSZE, wo die Initiative schließlich im Jahr 2010 erwartungsgemäß versickerte.

Als dann 2014 die Proteste in der Ukraine zum Sturz des kleptokratischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch führten und, aus Moskaus Sicht, somit die Gefahr eines EU- und Nato-Beitritts des Nach-

barlandes mittelfristig Realität werden könnte, griff der Kreml auf dieselbe Strategie zurück, die bereits in Georgien zum Erfolg geführt hatte. Der einzige Unterschied war, dass Moskau auf Grund der militärischen Bedeutung des Hafens in Sewastopol diesmal keine abhängigen Satelliten schuf, sondern die Krim direkt annektierte und zu einem Teil von Russland erklärte. Zudem muss sich die Ukraine – ähnlich wie Georgien – seither mit einem anhaltenden Konflikt im Südosten des Landes befassen, den

ES GEHT UM MACHT. WIEDER EINMAL!

Russland je nach Bedarf jederzeit eskalieren kann. Damit hat Moskau auf absehbare Zeit die Tür zur Nato auch für die Ukraine zugeschlagen.

Hintergrund der russischen Strategie-Wenden seit dem Zerfall der Sowjetunion war somit immer die Verhinderung der weiteren Ausdehnung der Nato nach Osten und somit der Erhalt des Status quo – zumindest so, wie Moskau ihn versteht. Das Ziel blieb gleich, die Methoden änderten sich. Da Washington den Status quo aber völlig anders interpretiert als Moskau, sieht die US-Administration die russischen Maßnahmen logischerweise als Verletzung des Status quo. Das Dilemma widersprüchlicher Perzeptionen nimmt seinen Lauf.

Stellen wir uns den Realitäten: Es geht hier um althergebrachte Geopolitik im Stile des 19. Jahrhunderts. Die westlichen Entscheidungsträger diesseits und jenseits des Atlantiks scheinen mit dieser Erkenntnis gleichwohl ein Problem zu haben und finden keine überzeugenden Antworten auf die drängenden Fragen dieser »neuen/alten« Herausforde-

rung. Einflussreiche Osteuropaexperten, etwa Samuel Charap vom »International Institute for Strategic Studies« (IISS) oder Jeremy Shapiro von der »Brookings Institution« beklagen jedenfalls in ihren jüngsten Beiträgen eine »bemerkenstwert oberflächliche« US-Debatte in Bezug auf Russland. Einige US-Kommentatoren bestreiten gar jeden Zusammenhang zwischen Nato-Erweiterung und Ukraine-Krise. Sie erklären letztere vielmehr exklusiv mit Putins Angst vor einer weiteren »Farbenrevolution«

– diesmal allerdings in Moskau. Doch auch wenn diese Vermutung durchaus ein gewichtiger Faktor sein mag, der zur Eskalation in der Ukraine beigetragen hat, so ist das konsequente Ignorieren der weit größeren Bedeutung der Nato-Erweiterungen entweder sehr naiv oder ein sicheres Zeichen dafür, dass wichtige Teile der Washingtoner außen- und sicherheitspolitischen Community Moskau einfach nicht mehr verstehen.

Andere, wie etwa der prominente Realist John Mearsheimer, haben versucht, das russische Verhalten, ganz im Sinne von Kenneth Waltz, als Maßnahme zur Sicherstellung des »nationalen Überlebens« zu erklären. Laut Mearsheimer diene die Ukraine Russland demnach als »Pufferstaat mit enormer strategischer Bedeutung«, woraus er schlussfolgert, dass Moskau die Ausweitung der Nato bis in die Ukraine als existenzielle Bedrohung für die russische Sicherheit – und damit das nationale Überleben – ansehen müsse. Obgleich diese neorealistische Sicht der Dinge dabei hilft, die grundlegende Logik

des russischen Handelns zu erkennen, da sie den Wirkungsgrad der Nato-Erweiterung erkennt, liegt sie in einem entscheidenden Punkt daneben: Es geht hier schlicht nicht um das »nationale Überleben« Russlands.

Sowohl die Vereinigten Staaten als auch Russland haben sich im Rahmen des, zuletzt 2010 erneuerten, START-Vertrages (Strategic Arms Reduction Treaty) sowohl bei der Anzahl nuklearer Sprengköpfe als auch deren Trägersysteme erneut auf paritätische Verhältnisse verständigt. Vor dem Hintergrund dieser nuklearen Ebenbürtigkeit ist das »nationale Überleben« beider Staaten gegenüber einem militärischen Angriff des anderen eigentlich vollständig gesichert – zumindest solange beide davon ausgehen, rational zu handeln. Wenn die Russen daher – wie etwa zuletzt in der Neufassung ihrer Militärdoktrin im Jahr 2014 – die Nato-Erweiterung öffentlich immer wieder als »Gefahr für ihre nationale Sicherheit« bezeichnen, meinen sie eigentlich etwas anderes. Denn eine Erweiterung des atlantischen Bündnisses ist kaum eine existenzielle Gefahr für die russische nationale Sicherheit. Sie bedeutet vielmehr eine Gefahr für Russlands Machtanspruch.

Zunächst stellt die befürchtete Erweiterung der Nato in Richtung Ukraine für Putin und seinen Führungszirkel eine Gefahr für den Machtanspruch nach Innen dar, da sie als möglicher Vorbote eines Regimewechsels auch in Moskau gesehen wird. Darüber hinaus aber verringert sie in der Wahrnehmung des Kreml die politische und militärische Fähigkeit zur Machtprojektion im »nahen Ausland«, entwertet die eigenen Vorstellungen und Konzepte zur Neuordnung des postsowjetischen Raumes, – in dem Moskau für sich selbst eine wirtschaftliche und kulturelle Führungsrolle vorgesehen hat – reduziert Russlands Rolle als selbsternannter Beschützer aller Russen +

AMERIKANISCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN

auch der außerhalb des eigenen Territoriums und würde zudem Russlands Selbstbild als Großmacht nachhaltig beschädigen. Während in dieser Sicht der Verlust des Baltikums an den Westen für Moskau zwar schmerzhaft, am Ende aber hinnehmbar war, ist dagegen der befürchtete »Verlust« der Ukraine auch angesichts ihres historisch und kulturell wichtigen Platzes im kollektiven russischen Gedächtnis machtpolitisch ein absolutes »No-go« für Moskau.

Im Kreml weiß man natürlich, dass sich hier nicht die Frage des »nationalen Überlebens« stellt, aber mit den vorgeschobenen Sicherheitsbedenken lässt sich im Westen nach wie vor gut Aufmerksamkeit erregen. Der Westen hingegen weiß diese sicherheitsfokussierte Rhetorik nicht zu deuten – eben weil die Nato ja keine Gefahr für die Sicherheit Russlands darstellt – und lässt dadurch wiederum auch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den hinter dieser Rhetorik stehenden machtpolitischen Erwägungen Russlands vermissen. Angela Merkels Wahrnehmung, dass Putin »in einer anderen Welt« lebe und Präsident Obamas Charakterisierung Russlands als »Regionalmacht« illustrieren diese kognitive Dissonanz zwischen Russland und dem Westen auf geradezu symptomatische Weise.

Sollte Mearsheimer mit seiner Annahme Recht haben, dass Putins Denken und Handeln von (neo)realistischen Maximen geprägt ist, böte sich gerade die Schule des Neorealismus an, um die russische Sichtweise besser zu verstehen. Demnach hätte jede Runde der Nato-Erweiterung die Machtverteilung in Europa – den Status quo – nachhaltig zu Ungunsten Russlands verändert. Gemäß dieser Sicht wäre dann auch die einladende Haltung der Nato mit ihrer Politik der »offenen Tür« gegenüber potenziellen Mitgliedern aus dem Osten Europas als offensive Politik zur Veränderung des Status quo zu Ungunsten Moskaus zu deuten.

Bessere Zeiten?
Boris Jelzin und Bill
Clinton am 23.
Oktober 1995 in
New York

Foto: The White House



Seit dem Ende der Sowjetunion hat Russland versucht, diese Verschiebung des Status quo zu verhindern. Von den frühen Versuchen, die OSZE zur zentralen Sicherheitsinstanz in Europa zu machen, über die Ideen eines »gemeinsamen Haus Europa«, die Initiative Präsident Medwedjews im Jahr 2008 sowie den Krieg mit Georgien bis zum andauernden Konflikt in der Ukraine – all diese Maßnahmen dienten aus Moskaus Sicht letztlich als defensive Politik zur Eindämmung der Nato und der Bewahrung des Status quo.

Die meisten US-amerikanischen Politikanalysten würden diese Sichtweise vermutlich rundheraus ablehnen, da sie die fortgesetzte Nato-Erweiterung weder als einen offensiv ausgerichteten Prozess, noch als eine Russland existenziell bedrohende Politik begreifen. Das Problem ist nur, dass Moskau die-

se Sichtweise eben nicht teilt. Folglich liegt Angela Merkel richtig: Die politischen Debatten in Moskau und den westlichen Hauptstädten werden heute tatsächlich in unterschiedlichen Welten geführt.

Folgt man Neorealisten wie Robert Jervis, tendiert die Wahrscheinlichkeit, dass offensiv orientierte Mächte (wie in diesem Fall »der Westen«) mit defensiv orientierten (hier Russland) kooperieren, gegen Null. Das würde erklären, warum es in der Frage der Nato-Erweiterung keine direkte Kooperation zwischen Russland und den USA gegeben hat. Denn aus Sicht der Neorealisten würden Staaten schlichtweg irrational handeln, wenn sie eine relative Verschiebung der Machtverhältnisse zu ihren Ungunsten akzeptierten. Allerdings hat es in der Vergangenheit durchaus genügend Fälle erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen Russland und den +

USA gegeben – und das sogar wiederholt und über einen verhältnismäßig langen Zeitraum. Was auf den ersten Eindruck wie ein Widerspruch anmutet und den ohnehin komplexen russisch-westlichen Beziehungen scheinbar eine weitere schwer zu verstehende Dimension hinzufügt, ist tatsächlich leicht erklärt: Russland war schwach und Washington »zahlte« Entschädigung.

Während der 1990er Jahre verfolgte die US-Regierung unter Bill Clinton eine genuin realistische Kooperationspolitik gegenüber Russland, bei der alle relativen Verschiebungen des Status quo zu Gunsten der USA von Kompensationsleistungen gegenüber Moskau begleitet wurden. Mit anderen Worten: Washington »bezahlte« – inoffiziell und stillschweigend – für die russische Akzeptanz der ersten Nato-Erweiterungsrunde. Die Aufnahme Russlands in die G7 und die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft (APEC), die Anpassung des KSE-Vertrages und die Unterzeichnung der Nato-Russland-Grundakte erfolgten alle im Zuge der ersten Nato-Erweiterungsrunde. Das Ziel dieser Kompensationen war die gesichtswahrende Milderung russischer Vorbehalte.

George W. Bush brach mit dieser Politik. Unter seiner Führung setzten die USA zwei weitere Nato-Erweiterungsrunden durch. Gleichzeitig glaubte Washington, auf die bisher üblichen Kompensationsleistungen verzichten zu können. Stattdessen stoppten die USA die angekündigte Ratifizierung des modifizierten KSE-Vertrags, kündigten 2002 einseitig den ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty) und begannen mit der Vorbereitung für den Aufbau einer ballistischen Raketenabwehr unter expliziter Einbeziehung der (ost-)europäischen Nato-Verbündeten. Zeitgleich zu diesem neuen US-Kurs erholte sich die russische Wirtschaft wieder von ihrer Krise der 1990er Jahre.

Diese Entwicklungen bildeten den Hintergrund für den angestrebten Neustart der russisch-amerikanischen Beziehungen unter der Administration Obama. Der neu gewählte US-Präsident stand von Beginn an auf verlorenem Posten. Der einzige Erfolg blieb die Neuauflage des START-Vertrages (New START). Alle weiteren Verhandlungen mit Russland zu Fragen der europäischen Sicherheit verliefen im Sand. Der Grund des Scheiterns ist schnell ausgemacht: Immer dann, wenn Obama Initiativen vorlegte, die aus Sicht Moskaus potenziell den Status quo verändern würden – sei es seine angepasste Politik im Bereich Raketenabwehr, die Versuche, Russland zu einer Reduzierung seiner taktischen Nuklearwaffen zu bewegen oder die angestrebte Wiederbelebung des KSE-Vertrages (allerdings zu US-Bedingungen) – setzte sich ein mittlerweile auch wirtschaftlich wiedererstarktes Russland zur Wehr. Wenn aber, wie im Fall des neuen START-Vertrages mit seiner garantierten nuklearen Parität, die US-Initiativen aus russischer Sicht den Status quo respektierten, stimmte Moskau zu.

Der gescheiterte Neustart der russisch-amerikanischen Beziehungen war somit letztlich das Resultat zweier längerfristiger (Fehl-)Entwicklungen

verzichten zu können. Andererseits demonstrierte auch die Regierung Obama – trotz aller »Neustart«-Rhetorik – dass sie die wichtigen Lektionen der Clinton-Jahre zum Umgang mit Russland schlicht vergessen hatte. Hinzu kam, dass Russland sich mittlerweile wieder in einer vergleichsweise starken Position wähnte und meinte, sich, anders als in den 1990er Jahren, Widerstand leisten zu können.

Derzeit deutet wenig darauf hin, dass Washington im Umgang mit Russland zur erfolgreichen Kooperationspolitik der 1990er Jahre zurückzukehren gedenkt. Ganz im Gegenteil: Die Strategie der aktuellen US-Administration scheint sich, wie die Ukraine-Krise zeigt, vielmehr im Bestrafen Russlands zu erschöpfen.

Eine US-Strategie, die ausschließlich auf das Bestrafen Russlands setzt, birgt mittelfristig erhebliche Risiken. Denn, erstens ist eine konstruktive Zusammenarbeit mit Russland, sowohl für die Sicherheit Europas als auch die der USA, schlicht unentbehrlich. Diesen Fakt zu negieren, hieße die Realitäten zu verkennen. Und zweitens fehlt der derzeitigen Strategie der Bestrafung ein zentrales Element: ein realistisch erreichbares Ziel. Zwar fügen die verhängten Sanktionen der russischen Wirtschaft unzweifelhaft schwe-

»RE-ENGAGEMENT«? HARTE ENTSCHEIDUNGEN STEHEN AN.

amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik. Einerseits handelt es sich dabei um die folgenschwere Fehlwahrnehmung der Bush-Administration, welche die fortgesetzte Nato-Erweiterung als prinzipiell unproblematisch ansah und deshalb meinte, auf die bisherige Kompensationspraxis gegenüber Russland

ren Schaden zu, aber was soll damit letztlich erreicht werden? Etwa der Rückzug Russlands aus der Ukraine, inklusive der Krim? Beides dürfte auf diesem Weg kaum erreichbar sein. Oder ist das Fernziel möglicherweise gar ein Regimewechsel in Moskau? Aber was kommt danach? Und wer kann schon vorhersagen, ob +

AMERIKANISCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN



Auf verlorenem Posten?
Dmitri Medwedjew und
George W. Bush am
14. November 2008 in
Washington, DC

Foto: The White House/Chris
Greenberg

der nächste Kremlchef kooperativer sein wird – oder nicht vielmehr unberechenbarer? Die Washingtoner Entscheidungsträger und ihre Berater haben auf diese Fragen jedenfalls bislang keine überzeugenden Antworten geliefert.

Die Formulierung einer besseren Strategie wird jedenfalls einige bittere Einsichten und harte Entscheidungen erfordern. Charap und Shapiro kommen in einer Analyse für die französische »Fondation pour la Recherche Stratégique« zu dem Schluss, dass die europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Ende des Kalten Krieges Russland nicht auf Augenhöhe integrierte. Damit haben sie grundsätzlich Recht. Europas Sicherheitsarchitektur braucht folglich einen echten Neustart. Sollte ein Neustart, auch gegenüber Russland, ausbleiben, wird die notwendige Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland

in kritischen, die Sicherheit beider Seiten betreffenden Politikbereichen vor schweren Zeiten stehen. Moskau wird weiterhin jeder – auch nur als solcher wahrgenommenen – Verschiebung des Status quo entschieden entgegentreten. Dies gilt für alle Bereiche, in denen Russland für sich strategische Interessen definiert hat, insbesondere aber für alle weiteren Annäherungsversuche des Westens an Staaten, die der Kreml zum »nahen Ausland« zählt. Weder Moskau noch Washington können sich auf Dauer eine Fortsetzung der derzeitigen Konfrontation wirklich leisten. Moskau nicht, da es langfristig in der schwächeren Position ist. Washington nicht, da Russland ein erhebliches internationales Störpotential besitzt. Die beiderseitige Unfähigkeit, die jeweils andere Seite auch nur zu verstehen, bereitet jedoch den Boden für weitere Konflikte und Missverständnisse.

Für eine gegenseitige Wiederannäherung gibt es genug gute Gründe. Für Washington würde dies jedoch bedeuten, sich den russischen Machtansprüchen und dem schwierigen russischen Selbstverständnis stellen zu müssen. Praktisch gesprochen hieße das beispielsweise, (selbst)kritisch die bisherige und zukünftige Nato-Politik der »offenen Tür« zu diskutieren, gemeinsam mit Russland über den Status und die Sicherheitsinteressen post-sowjetischer Staaten wie der Ukraine, der Republik Moldau, Georgiens und Aserbaidschans nachzudenken und nicht zuletzt, rüstungskontrollpolitische Antworten auf die sich abzeichnende militärische Rivalität zwischen der Nato und Russland zu finden. Sich konstruktiv mit diesen Themen zu befassen, hieße keineswegs, sich die Sichtweise Russlands zu eigen zu machen oder russischen Interessen blind zu entsprechen. Aber der ernsthafte Versuch, die andere Seite wenigstens zu verstehen, wäre ein guter Anfang auf dem Weg heraus aus der Konfrontation. •••

Ulrich Kühn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Dieser Text ist die Übersetzung eines Beitrags im Russian Analytical Digest der ETH Zürich vom Februar 2015.

Quellen und Links:

[Arbeitspapier der Fondation pour la Recherche Stratégique von Samuel Charap und Jeremy Shapiro vom 8. Dezember 2014](#)

[Rede Wladimir Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007](#)

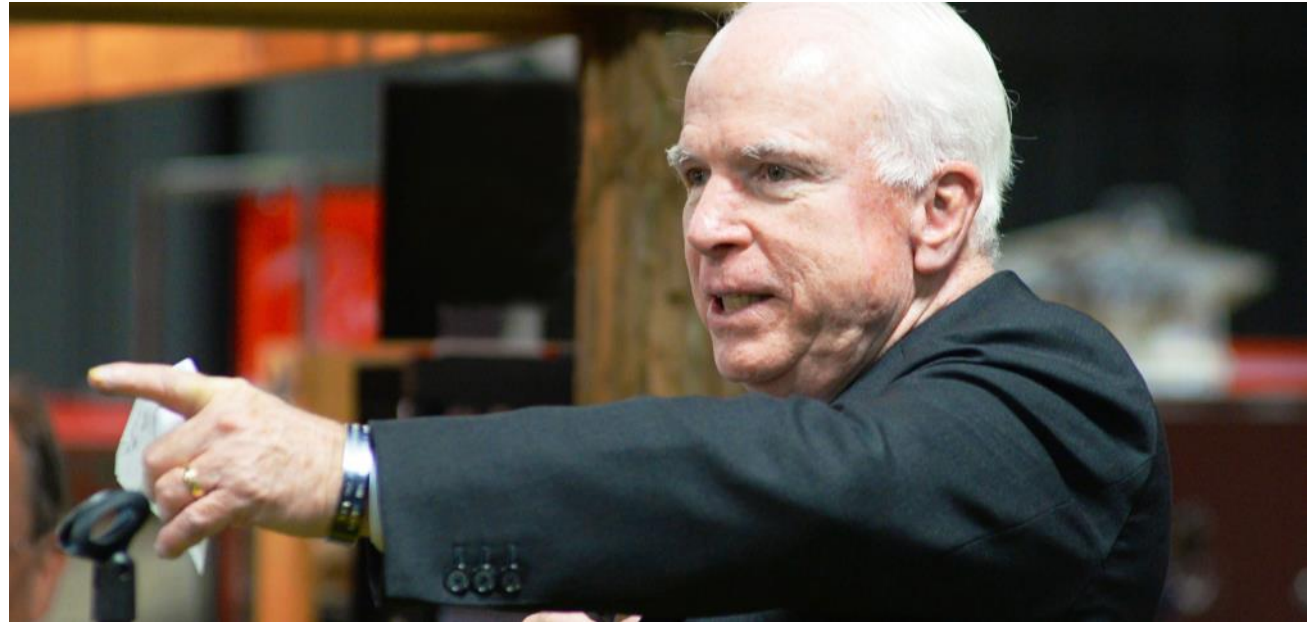
NOTIZ

BRIEF MIT NEBENWIRKUNGEN

Mit einem offenen Schreiben wollten 47 republikanische US-Senatoren die Atomverhandlungen mit dem Iran torpedieren. Ihr Schuss könnte nach hinten losgegangen sein.

Am 9. März veröffentlichten 47 republikanische US-Senatoren einen offenen Brief an die Führung der Islamischen Republik Iran – und brüskierten damit Präsident Barack Obama. Ein wirklich bindendes internationales Abkommen, so die Senatoren, müsste vom Kongress ratifiziert werden. Ohne dessen Zustimmung könne der Präsident lediglich »eine Regierungsvereinbarung« unterzeichnen. Obama sei jedoch nur noch knapp zwei Jahre im Amt – und sein Nachfolger könne eine solche nicht-ratifizierte Übereinkunft jederzeit »mit einem Federstrich« aufkündigen, so ihre Drohung.

Das Schreiben »macht deutlich, dass die Republikaner im Senat jedes Abkommen mit Iran ablehnen werden, dass die Regierung aushandelt«, sagt Oliver Meier von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) gegenüber *ADLAS*. Ende November 2014 war die letzte Atomverhandlungsrunde nicht zuletzt an innenpolitischen Blockaden in den USA



gescheitert. Dieser Brief, so US-Regierungssprecher Josh Earnest, »wirft Sand in das Getriebe« der Atomgespräche.

Irans Verhandlungsführer Mohammad Javad Zarif reagierte indes weniger aufgeregt auf die Initiative der Senatoren: »Die Beziehungen zwischen Staaten werden vom internationalen Recht geregelt und nicht vom inländischen amerikanischen Recht.« Tatsächlich dürfte es schwierig für Obamas Nachfolger sein, ein mögliches Abkommen einfach wieder aufzuheben.

Oliver Meier sieht denn auch die Verhandlungen durch den Brief nicht negativ beeinträchtigt, ganz im Gegenteil: »Der Brief vergrößert daher eher den Handlungsspielraum Obamas. Dieser muss sich nun weniger daran orientieren, wie ein Abkommen aussehen könnte, das die Zustimmung von zumindest einigen Republikanern im US-Senat bekommen würde.«

Schließlich haben die 5+1-Parteien und Iran am 2. April in Lausanne ein als »historisch« betrachtetes Rahmenabkommen geschlossen. Welchen Einfluss der Brief auf die Verhandlungen hatte, ist fraglich. Fest steht: Er zeigt, dass Obama innenpolitisch nach wie vor unter enormem Druck steht – und das auch bis zum Juni. Dann nämlich sollen die Atomverhandlungen mit einer endgültigen Vereinbarung abgeschlossen werden.

sts

Quellen und Links:

[Eckpunkte des vorläufigen Rahmenabkommens zwischen den P5+1 und Iran vom 2. April 2015](#)

[Offener Brief von 47 US-Senatoren an die Führung der Islamischen Republik Iran vom 9. März 2015](#)

[Kommentar »Im Bomben-Basar« von Josef Joffe in der Zeit am 16. April 2015](#)

IN DUBIO PRO LIBERTAS

VON MELISSA WASSMUTH

Für den englischen Philosophen John Stuart Mill war die Freiheit der »erste und stärkste Wunsch der menschlichen Natur«, wodurch sich der Einzelne erst voll entfalten kann. Eingriffe des Staates oder Mitbürgers in dieselbe dürften nur geschehen, um sich oder andere vor Schaden zu bewahren. Heute schützt dieser Grundsatz die Freiheit nicht mehr, sondern gilt fälschlicherweise als Legitimation für die fortschreitende Beschränkung individueller Freiheiten im amerikanischen »Krieg gegen den Terror«.

Die einzige Berechtigung für unfreiwillige Beschränkungen der Freiheit des Einzelnen in einer zivilisierten Gesellschaft sei, Schaden von anderen abzuwenden, so der englische Philosoph John Stuart Mill im Jahr 1859 in seinem Buch »Über die Freiheit«. Dieser Grundsatz, das sogenannte Freiheitsprinzip, zieht damit eine Grenze zwischen maßgeblicher Autorität in all ihren Formen und unserer individuellen Freiheit.

Historisch war das die Antwort auf die Entwicklung weg von autokratischen Gefügen hin zu mehr oder sogar kompletter Selbstregierung durch das Volk. Mill war besorgt, welche Auswirkungen eine Tyrannei der Mehrheit, ein Übel der Demokratie, auf die Freiheit des Einzelnen haben könne. Ihm ging es dabei nicht nur um politische Eingriffe, sondern auch um ganz alltägliche, soziale Restriktionen: Ein

Trunkenbold sollte weiter trinken dürfen, solange er keinem schadet. Ein gut gemeinter Eingriff aus Sorge um das Wohl des Trunkenbolds selbst ist damit ausgeschlossen. Das Freiheitsprinzip überzeugt durch seine Einfachheit und erinnert an die goldene Regel: Was du nicht willst, das man dir tu', das füg auch keinem andern zu. Es schafft einen Raum, in welchem wir die absolute Souveränität über unser Handeln übertragen bekommen und in welchem wir geschützt werden vor Bevormundung durch unsere Regierung und unsere Mitmenschen.

Mit Blick auf die heutige Bedeutung und Anwendung des Freiheitsprinzips im Krieg gegen den Terror wird aus seiner Einfachheit jedoch schnell eine Schwäche. In den USA machen die jüngsten NSA-Abhör- und CIA-Folterskandale klar, welchen Stellenwert Freiheit noch hat, wenn im Gegenzug nationale

oder gar individuelle Sicherheit locken. Was anfangs Notfallinstrumente im Schrecken nach den Terroranschlägen von 2001 waren, ist heute in sozialer, politischer und rechtlicher Hinsicht Status quo. Den Weg bereitet hat dabei 2001 das amerikanische Antiterrorgesetz »USA PATRIOT Act« aus dem Jahr 2001, das die Befugnisse der US-Strafverfolgungsbehörden sowie der Regierung allgemein drastisch erweiterte und Bürgerrechte in großem Maße einschränkte.

Der Zweck heiligt die Mittel und nur allzu gern wird dies mittlerweile mit Mills Freiheitsprinzip erklärt. Nicht nur in den USA, sondern auch in Europa hat eine kollektive – und keinesfalls unbegründete – Angst Sicherheitspolitik auf eine ganz neue Ebene getrieben und eine Welt geschaffen, in der bereits wieder autokratische Züge zu erkennen sind.

Ist es das, was Mill im Sinn hatte, als er das Freiheitsprinzip formulierte? Kann das Freiheitsprinzip bei der Suche nach einer Balance zwischen Sicherheits- und Freiheitsbedürfnissen heute überhaupt noch Antworten geben? Beide Fragen müssen klar mit »Nein« beantwortet werden. Mills Freiheitsprinzip sollte Freiheit bewahren und nicht Freiheitsbeschränkung legitimieren. Warum auch der Orientierungscharakter von Mills Grundsatz abgelehnt werden muss, dafür gibt es zwei Gründe:

Erstens impliziert Mills Freiheitsprinzip die Idee von Prävention möglichen Schadens an anderen. Das widerspricht jedoch unserem geltenden Rechtsprinzip der Verfolgung und Verurteilung begangenen Schadens. Die Verfolgung und Verurteilung der Absicht eine Straftat zu begehen, sind dadurch ausgeschlossen. Dieser präventive Gedanke in Mills Grundsatz ebnete den Weg für den übermäßigen Gebrauch von Autorität und führte zu einer neuen Berechtigung von paternalistischen Freiheitsbeschränkungen. Die Anti-Terror Gesetzgebung wird mit diesen präventiven Ansätzen legitimiert. +

Nachzuprüfen, welcher Schaden verhindert wurde, ist dabei selten möglich. Da das Freiheitsprinzip keinen Grad potentiellen, zukünftigen Schadens vorschlägt, ab welchem Freiheitsbeschränkung berechtigt ist, bleibt die Deutungshoheit anderen überlassen. Selbst unter der Annahme, dass eine Gesellschaft bereit ist, diesem präventiven Gedanken sehr weit zu folgen, wird wenig darüber diskutiert, ob beispielsweise die CIA-Folter noch verhältnismäßig zu ihrem möglichen Nutzen der Schadensabwendung ist. Mit Mills Freiheitsgedanken hat das Ergebnis dann nur noch wenig zu tun.

Zweitens kann eine direkte Orientierung an Mills Freiheitsprinzip von Zeit und Geschichte nicht unberührt bleiben. Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts sah die Konzepte von Freiheit und Sicherheit nicht als wechselseitig, sondern als sich gegenseitig begründende Werte: Weil wir gewisse individuelle Freiheiten garantiert haben, können wir sicherer leben – sicher vor der Tyrannei der Mehrheit und sicher vor autokratischen Regierungen.

Heute kommt die primäre Bedrohung jedoch von außen und ist oft nicht klar definierbar. Der »USA PATRIOT Act« wurde als »Bewahrung von Leben von Freiheit« eingeführt, damit »unschuldige Amerikaner vor den tödlichen Absichten von Terroristen« geschützt werden. Es geht nicht mehr um uns gegen unsere Regierung, sondern um uns und unsere Regierung gegen den Terror von außen. Aus diesem Grund akzeptiert die amerikanische Bevölkerung, die ansonsten sehr viel skeptischer angesichts staatlicher Eingriffe ist, das Erstarken behördlicher Befugnisse bereitwilliger. Ein Hinweis auf den Widerspruch von weniger Freiheit für mehr Sicherheit gilt heute als Beeinträchtigung der Regierung, ihrer »Pflicht« nachzukommen, die nationale Sicherheit zu gewährleisten.

Der moderne Kontext macht damit eine gewollte Fehlinterpretation von Mills Freiheitsprinzip ein-

fach. Diese ist nicht nur in den USA zu beobachten. Auch der deutsche Innenminister Thomas de Maizière begründete mit der Formel durch Prävention und Abschreckung das freiheitliche System Deutschland bewahren zu wollen, im November 2010 in einer offiziellen Stellungnahme die verstärkte Überwachung und Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Die gleichen Rufe sind nach den Terroranschlägen im Januar 2014 in Paris in ganz Europa wieder laut geworden.

DIE ABWÄGUNG MUSS MEHR ALS AUF REIN SICHERHEITSPOLITISCHE PUNKTE ABZIELEN.

Ein letzter Aspekt bringt uns zurück zu Mills Ausgangspunkt. Als Verfechter einer utilitaristischen Ethik bewertet Mills letztlich sämtliche Handlungsoptionen nach ihrem Nutzen zur Erfüllung der langfristigen Interessen des Menschen. Dieser Gedanke unterliegt auch seinem Freiheitsprinzip. Wenn also das Freiheitsprinzip bei der Abwägung zwischen Sicherheits- und Freiheitsbedürfnissen nicht mehr adäquate Orientierung geben kann, so bleibt es nach Mill bei der Frage: Welcher Weg ergibt das größtmögliche Glück, den größtmöglichen Nutzen aller von der Handlung Betroffenen? Wenn wir Freiheit brauchen, um uns zu entwickeln, und individuelle Freiheit deshalb niemals gänzlich aufgegeben werden darf – welche Konsequenzen haben die heutigen sicherheitspolitischen Entscheidungen und Weichenstellungen dann langfristig? Ist der Nutzen zunehmend stärker eingeschränkter Freiheit größer als das Risiko, dem wir uns andernfalls aussetzen würden? Diese Fragen sind nicht eindeutig zu beantworten.

Die Abwägung muss mehr als auf rein sicherheitspolitische Punkte abzielen. Politiker, die argumentieren, der Erhalt unserer liberalen Werte und Strukturen sei nur durch zunehmende Überwachung und weniger individuelle Freiheit zu erreichen, verlieren Glaubwürdigkeit. Gesellschaftlich bedeutet dies allenfalls eine Verlagerung bestehender Freiheiten in eine ungewisse Zukunft nach dem Kampf gegen den Terror. Unsicherheiten werden nicht beseitigt, sondern mit kollektiver Selbsthemmung

aufgewogen. Aus Angst beschränken wir uns selbst; ohne Freiheit aber kann der Mensch sich nicht entfalten. Diese Kosten müssen berücksichtigt werden. Denn wie Benjamin Franklin, einer der Gründerväter der USA, dem Land der Freiheit, schon 1818 wusste: Wer Freiheit für Sicherheit aufgibt, wird beides verlieren. ...

Melissa Waßmuth *studiert Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin.*

Quellen und Links:

[Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung](#)

[Kommentar »Zero Tolerance – Freiheit beginnt mit Sicherheit« von Ulf Poschardt auf Welt online vom 12. November 2014](#)

ganz neue Methoden ...



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik betritt Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

JETZT HERUNTERLADEN BEI WWW.ADLAS-MAGAZIN.DE



»Indispensable Alliance«: Mit der Operation »Dragoon Ride« demonstrierte die US Army stellvertretend für das gesamte Nordatlantikbündnis militärische Handlungsfähigkeit. Eine Kampfgruppe des 2. US-Kavallerieregiments fuhr im März 2015 nach Manövern in den baltischen Staaten im Konvoi quer durch Polen und Tschechien zurück zu ihrem Stützpunkt in Deutschland.

Foto: Nato



Der Krieg in der Ukraine und die Annexion der Krim durch Russland haben eine neue Debatte über Natur und Wesen der Nato angestoßen. Während sich das Bündnis zu Zeiten des Ost-West-Konflikts als Verteidigungsgemeinschaft definierte, wandelte sich diese Identität spätestens mit der Osterweiterung in den 1990ern zu der einer pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft. Die derzeitige sicherheitspolitische Situation in Osteuropa stellt die Nato erneut vor die Identitätsfrage.

Zurück zu den Wurzeln?

von Lukas D. Herr

»Kann es heute wieder zu einem Kalten Krieg kommen?« Diese Frage stellte der amerikanische Außenminister John Kerry im November 2014 zum 25. Jahrestag des Mauerfalls in einem Gastkommentar für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Glaubt man dem amerikanischen Politikwissenschaftler Robert Legvold, befindet sich die Nato längst in einem »Neuen Kalten Krieg« mit ihrem neuen alten »Gegner« Russland. Kollektive Verteidigung als Gründungszweck der Nato und Russland als Bedrohung des europäischen Friedens scheinen die neuen Schlagwörter zu sein. Der ebenfalls amerikanische Politologe Michael Brown schrieb gar vom »biggest mistake« der Nato, ihren eigentlichen Zweck der Bündnisverteidigung in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt zu haben. »Back to basics« lautet seine Forderung – doch was bedeutet diese Forderung

für die Identität der Nato, für die Beziehungen zu Russland und für den Frieden in Europa? »Zurück zu den Wurzeln« als unausweichlicher Atavismus in die Politik und Rhetorik des Kalten Krieges?

Für die Entwicklung der kollektiven Identität der Nato waren und sind vor allem Veränderungen im internationalen System und interne Aushandlungsprozesse über die zukünftige Ausrichtung des Bündnisses ausschlaggebend. Während des Kalten Krieges war es die latente konventionelle und atomare Bedrohung der Sowjetunion und das daraus entstandene »Wir-Gefühl«, durch das sich die Nato primär als Verteidigungsgemeinschaft definierte. Nach Ende des Ost-West-Konflikts entfiel diese gemeinschaftsbildende Bedrohungswahrnehmung. Mit dem strukturellen Wandel des internationalen Systems änderte +

sich auch das Verhalten der Nato. Hauptanliegen war nun nicht mehr die Verteidigung, sondern die Schaffung einer stabilen und auf demokratischen Werten basierenden Friedensordnung in Europa. Russland wurde nicht mehr als Bedrohung wahrgenommen, sondern als Partner, der eingebunden werden sollte. Die Initiative »Partnerschaft für den Frieden« von 1994, die Nato-Russland-Grundakte von 1997 und die Gründung des Nato-Russland-Rates 2002 sind Ausdruck dieser sich ändernden Identität hin zu einer pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft. Diese erlaubte es den Nato-Staaten erstmals, den Blick auch auf Probleme außerhalb oder an der Peripherie des Nato-Gebietes zu richten. Das strategische Konzept der Nato von 1999 konstatierte, dass ein »großangelegter konventioneller Angriff gegen das Bündnis höchst unwahrscheinlich ist« und dass stattdessen »Ungewissheit und Instabilität im und um den euro-atlantischen Raum« Risiken für die Sicherheit des Bündnisses darstellten. »Out of area or out of business« war die damalige Losung, die der Nato im gewandelten internationalen Kontext eine neue Daseinsberechtigung

und mithin eine neue Identität geben sollte. Die Luftangriffe gegen Jugoslawien im Kosovokrieg, aber auch der Einsatz der Nato in Afghanistan sind Ausdruck dieser neuen Identität – oder wie Danny Chabhouni vor einem Jahr in diesem Magazin schrieb: »Die Gegner saßen nicht an den Ostgrenzen des Bündnisses, sondern in Afrika und im Nahen Osten.« Doch wo sitzen sie heute, beziehungsweise sitzen sie dort noch immer?

In der Tat haben sich die strukturellen Kontexte der Nato durch den von Russland beförderten Krieg in der Ukraine und die Annexion der Krim geändert. Wer nun jedoch, wie Robert Legvold, von einem »Neuen Kalten Krieg« spricht und die Nato auf ihren Gründungszweck reduziert, verkennet, dass sich nicht nur die Beziehungen zwischen den Akteuren, sondern auch die Akteure selbst geändert haben. In den Jahren nach Ende des Ost-West-Konflikts entwickelte sich zwischen der Nato und Russland ein gegenseitiges Verständnis darüber, dass Konflikte friedlich gelöst werden. Diese Basis einer europäischen Friedensordnung, die bereits durch den russisch-georgischen Konflikt 2008

West-Ost-Forum

Die 1997 geschlossene »Nato-Russland-Grundakte« sollte eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Nato und Russland im Zuge der Nato-Osterweiterung verhindern. Dazu wurden Russland Mitspracherechte über die neuen Aufgaben der Friedenssicherung eingeräumt, ohne jedoch dem Kreml die Möglichkeit zur Blockade der geplanten Osterweiterung zu geben. Sowohl die Nato als auch Russland verpflichteten sich durch die Grundakte zu gemeinsamen Grundprinzipien, wie »Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit aller Staaten« und der »Verhütung von Konflikten und Beilegung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel«.



Zusätzlich wurde durch die Grundakte der »Ständige Gemeinsame Nato-Russland-Rat« geschaffen, aus dem 2002 der »Nato-Russland-Rat« hervorging (im Bild: US-Außenminister John Kerry und Russlands Außenminister Sergei Lawrow auf einer Sitzung des Rates am 23. April 2013; Foto: Nato).

Wer die Nato auf ihren Gründungszweck reduziert, verkennet die Veränderungen bei den Akteuren und ihren Beziehungen.

empfindlich gestört wurde, ist durch das militärische Eingreifen Russlands in der Ukraine nun endgültig zerstört. Die Herausforderungen der Nato sind somit zweigeteilt: Zum einen muss sie auf den Bruch der europäischen Friedensordnung reagieren, vor deren Hintergrund die »hybride Kriegsführung« Russlands in der Ukraine und die Annexion der Krim für die osteuropäischen Bündnispartner erst zur existenziellen Bedrohung werden, zum anderen muss sie die Sicherheit der Bündnispartner weiterhin nicht nur im europäischen Verteidigungs-, sondern im globalen Sicherheitskontext denken.

Auf der Pressekonferenz zur Vorstellung seines Jahresberichts am 30. Januar 2015 sprach Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg von 400 durch die Allianz abgefangenen russischen Militärflugzeugen im vergangenen Jahr. 150 dieser Vorfälle spielten sich nah am Luftraum der baltischen Staaten ab und wurden durch die Nato-Mission »Baltic Air Policing« abgefangen. Es sind vor allem +

Estland, Lettland und Litauen die sich durch die hybride Kriegsführung Russlands in der Ukraine bedroht fühlen, haben sie doch selbst einen Anteil von bis zu 25 Prozent ethnischer Russen an der eigenen Bevölkerung. Die abschreckende Wirkung einer Verteidigungsgemeinschaft ist jedoch nur so gut, wie das Vertrauen und die Anerkennung ihrer kollektiven Beistandspflicht. Für die Identität der Nato als Verteidigungsgemeinschaft ist es deshalb von grundlegender Bedeutung, auf die hybride Kriegsführung Russlands und das Bedrohungsgefühl ihrer östlichen Bündnispartner zu reagieren.

Der im September nach dem Nato-Gipfeltreffen in Wales vorgestellte »Readiness Action Plan« ist im Lichte dieser Vertrauensbildung und Anpassung an das neue Bedrohungsszenario zu sehen. Im Rahmen dieses Plans wurden unter anderem die Anzahl der Kampfflugzeuge des »Air Policing« von 4 auf 16 erhöht, AWACS-Kontrollflüge über das östliche Bündnisgebiet beschlossen und mehrere Militärübungen im Osten des Nato-Gebiets angesetzt, darunter zuletzt im November 2014 die Übung »Iron Sword« in Litauen. Der Aufbau der am 5. Februar 2015 gegründeten schnellen Eingreiftruppe (Very High Readiness Joint Task Force), die im Rahmen der bestehenden Nato-Reaktions-

Präsident Putin erklärt der europäischen Friedensordnung mit seiner Politik in der Ukraine-Krise eine klare Absage.

streitmacht (Nato Response Force) die »Speerspitze« bilden soll, bedient dabei sowohl den Grundsatz der Vertrauensbildung als auch der Anpassung, indem es die militärische Wirkung und Abschreckung der Nato erhöht und für die baltischen Nato-Staaten eine Rückversicherung ihrer Verteidigung darstellt. In diesem Zusammenhang müssen auch die Pläne zur Einlagerung militärischer Ausrüstung in den baltischen Staaten, sowie die Ankündigung, sechs neue Nato-Stützpunkte in den östlichen Nato-Ländern Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien aufzubauen, gesehen werden.

Mit der Annexion der Krim im März 2014 sowie der durch zahlreiche Berichte aufgedeckten Unterstützung prorussischer Rebellen im Osten der Ukraine

Wacht an der Narwa

»Baltic Air Policing« ist eine Mission der Nato zur Luftraumüberwachung der baltischen Staaten seit deren Bündnisbeitritt 2004 mangels eigener Luftstreitkräfte. Seit dem 1. Mai 2015 sind auf den Basen Ämari in Estland und Zoknai in Litauen acht »Eurofighter Typhoon« der Royal Air Force und der italienischen Luftwaffe sowie acht F-16AM »Fighting Falcon« der norwegischen und belgischen Luftwaffen stationiert. (im Bild: Die Maschine von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg wird bei ihrem Anflug auf Estland am 20. November 2014 von einer niederländischen F-16 eskortiert; Foto: Nato)



erteilte der russische Präsident Wladimir Putin der nach dem Ende der Sowjetunion aufgebauten Friedensordnung in Europa eine klare Absage. Diese basierte auf der Achtung territorialer Integrität und dem Vertrauen, Konflikte friedlich beizulegen. In einem Artikel für die Zeitschrift Internationale Politik schreiben Claudia Major von der Stiftung Wissenschaft und Politik und Jana Puglierin von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, dass »die Basis jedweder vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Westen durch die Ukraine-Krise auf lange Zeit gestört ist«, da Zweifel an der zukünftigen Einhaltung gemeinsam geschlossener Verträge bestehe und Militär nicht mehr ultima ratio sondern »Mittel erster Wahl« der Interessendurchsetzung sei.

Dieser Argumentation folgend, müsste die Nato wieder vollends auf ihr Selbstverständnis einer Verteidigungsgemeinschaft zurückgeworfen werden, herrscht doch auf struktureller Ebene des internationalen Systems das Misstrauen über die zukünftigen Absichten und Handlungen Russlands vor. Während seines Besuchs im Januar 2015 in Berlin sprach Nato-Generalsekretär Stoltenberg allerdings vom Streben der Nato nach einer »konstruktiven und kooperativen Beziehung mit Russland«. Auch wenn Russland aus der in den 90er Jahren aufgebauten Friedensordnung ausgeschert ist, muss die Nato nicht +

wieder in ihre Identität des Ost-West-Konflikts zurückfallen – ein Determinismus ist hier fehl am Platz. Die Allianz versucht im Gegenteil, eben jene Friedensordnung aufrechtzuerhalten, indem sie beispielsweise auf die Bitte Polens im April vergangenen Jahres, 10.000 Nato-Soldaten auf polnischem Gebiet zu stationieren, verzichtete. Auch die neue »Speerspitze« verzichtet auf die dauerhafte Stationierung von Nato-Truppen im Osten des Bündnisgebietes.

Ein einfaches »back to basics« der Nato zu einer reinen Verteidigungsgemeinschaft läuft den Realitäten 2015 zuwider.

Die Ankündigung des amerikanischen Nato-Oberbefehlshabers General Philip Breedlove Anfang Februar 2015, das ukrainische Militär mit Waffen versorgen zu wollen, sowie die Autorisierung des Verteidigungsausschusses des US-Kongresses vom 31. April die Ukraine unter anderem mit tödlichen Verteidigungswaffen beliefern zu können, müssen vor diesem Hintergrund äußerst kritisch gesehen werden, stellen sie doch eine Abkehr von der bisherigen Nato Strategie dar, eine direkte Konfrontation mit Russland über die militärische Unterstützung Kiews zu verhindern. Der Ankündigung Breedloves ging bereits im Dezember vergangenen Jahres der »Ukraine Freedom Support Act« des US-Senats voraus, der den amerikanischen Präsidenten dazu autorisierte, die Ukraine mit Waffen zu beliefern.

Ebenfalls im globalen Sicherheitskontext und der Identität der Nato als Sicherheitsgemeinschaft müssen die laufenden Operationen im Kosovo (KFOR), die eingangs angesprochene Mission »Resolute Support« in Afghanistan sowie die Operationen »Active Endeavour« im Mittelmeer und »Ocean Shield« am Horn von Afrika gesehen werden. 25 Jahre nach Ende des Ost-West-Konflikts ist die Nato nicht mehr nur eine Verteidigungsgemeinschaft zur Abschreckung einer russischen Bedrohung, sondern auch eine Sicherheitsgemeinschaft in einer multipolaren Welt. Trotz angespannter Beziehungen zu Russland bietet dieser Umstand Möglichkeiten der Annäherung. Ebenso wie der transatlantischen Gemeinschaft ist auch Russland nicht an einer weiteren Destabilisierung

Afghanistans gelegen. 2012 bezeichnete der russische Außenminister Sergei Lawrow das Rückzugsdatum der Nato 2014 als »künstlich« und sprach sich für einen Verbleib der Truppen in Afghanistan aus. Die islamistischen Terroranschläge Anfang Januar diesen Jahres in Paris verdeutlichten auch für Russland die Gefahr eines wachsenden Einflusses des Islamischen Staats, vor allem vor dem Hintergrund islamistischer Rebellengruppen in den nordkaukasischen Teilrepubliken Tschetschenien und Dagestan. Sicherheit in Europa erfordert somit eine Nato, die Russland nicht als Bedrohung, sondern als europäischen Partner, der vom Weg abgekommen ist, betrachtet. Eine Einigung im Atomkonflikt mit dem Iran sowie eine Lösung des Kriegs in Syrien sind ohne Russland nicht möglich. Ein einfaches »back to basics« oder »back to the roots« der Nato zu einer Verteidigungsgemeinschaft läuft der Realität des Ost-West-Konflikts hinterher und den Realitäten 2015 zuwider. ...

Lukas D. Herr *hat Politikwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau und dem College of Charleston, South Carolina, studiert. Seit 2014 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Kaiserslautern.*

Quellen und Links:

[Robert Legvold: »Managing the New Cold War« in der *Foreign Affairs* vom Juli 2014](#)

[Claudia Major und Jana Puglierin: »Eine neue Ordnung« in der *Internationalen Politik* vom November 2014](#)

[Jahresbericht 2014 des Nato-Generalsekretärs vom 30. Januar 2015](#)

[Bericht »Origin of the Separatists' Buk« von *Bellingcat* vom 8. November 2014](#)

[Kommentar »Nato's Biggest Mistake« von Michael E. Brown in der *Foreign Affairs* vom 5. Mai 2014](#)

[Kommentar »Ein neuer Kalter Krieg?« von John Kerry in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 9. November 2014](#)

Russland ist nicht Putin – eine Erinnerung

von Jonas J. Driedger

Die Psyche von Vladimir Putin ist nicht der richtige Ausgangspunkt, um Russlands Verhalten zu verstehen. Ungleich wichtiger sind die Kontinuitäten russischer Außenpolitik.

Krieg ist ein gutes Geschäft für Experten. Wir wollen wissen, warum in der Ukraine Menschen sterben und was wir dagegen tun können. Auf diese Informationsnachfrage reagiert der Markt mit einem kundenorientierten Angebot. Wir wollen Antworten, die leicht verständlich sind und einfache Lösungen aufzeigen. Wo Blut fließt, wollen wir genau ein Opfer und genau einen Täter sehen. Wir wollen wissen, wer schuld am Krieg in der Ukraine ist. Deshalb kriegen wir eine Erklärung, die uns genau das liefert. Und diese Erklärung ist: Putin.

Anscheinend weiß heutzutage jeder auf der Welt, was im Kopf des russischen Präsidenten vor sich geht. In einer Pentagon-Studie aus dem Jahr 2008, die vor kurzem an die Öffentlichkeit gelangte, wertete Brenda Connors *YouTube*-Videos

von Wladimir Putin aus und kam zu dem Schluss, dass dieser unter dem Asperger-Syndrom, einer Form des Autismus, leide und dass dies seinen »Kontrollzwang« erkläre. Connors ist keine exzentrische Hobbypsychologin sondern Senior Fellow der Strategischen Forschungsabteilung des US Naval War College, der Admiralstabsschule der amerikanischen Marine und Expertin für »movement pattern analysis«. Zu ihren Bewegungsuntersuchungsobjekten hatte bereits Saddam Hussein gehört. Eine Ferndiagnose anhand von Videos würde in Deutschland wohl nicht einmal dafür ausreichen, ein Rezept gegen die angeblich diagnostizierte Psychose zu bekommen. Aber sie scheint gut genug für geopolitische Strategieentwicklung zu sein.

Traurigerweise ist Connors' Studie keine Ausnahme: In Fernsehen, Zeitungen, Konferenzen und leider wohl auch in Planungsstäben wird verkündet, dass, ganz klar, Putin die Sowjetunion wieder errichten will. So etwa Charles Krauthammer, US-Republikanischer Denker und einer der maßgeblichen Befürworter der aggressiven »Rollback«-Strategie unter Reagan in der *Washington Post* vom 21. Dezember 2014. Auf demokratischer Seite sprach die ehemalige US-Außenministerin Hilary Clinton von Putins Versuch, Russlands Grenzen zu »resowjetisieren«. Auch Historiker und Kohl-Berater Michael Stürmer hatte in der *Welt* vom 25. April 2014 geschrieben, Putin wolle »ein großes Imperium aufbauen«, ohne uns zu erklären, warum Putin gerade ihm dieses Geheimnis anvertraut hat. Und Kanzlerin Angela Merkel selbst hat aus ihren Telefonaten mit dem russischen Präsidenten den Schluss gezogen, dieser lebe »in einer anderen Welt«.

Die behaupteten Gründe für Putins Verwirrung reichen von banalem Machismo bis hin zur Nostalgie, die er für seine Zeit als KGB-Agent empfinden soll. Und am 11. September letzten Jahres erklärte uns die *Huffingtonpost* unter Berufung auf den »Russland- und Putin-Kenner« Hubert Seipel gar, dass Putins Verhalten durch die altbackenen Geschlechterrollen und die Schwulenfeindlichkeit der Russen bestimmt sei: »80 Prozent der Bevölkerung Russlands sind homophob.«

All diesen Erklärungen ist gemein, dass sie hochkomplexe internationale Politik durch die vermeintlichen Gefühle eines einzelnen Staatsmannes erklären wollen. Der Wettbewerbsvorteil dieser Erklärungen ist, dass man sie leicht nachvollziehen kann. Aber sie haben einen unsichtbaren Preis: Sie sind mit hoher Wahrscheinlichkeit falsch. Und sie werden uns zu ebenso falschen Entscheidungen führen.

Ich werde nicht den gleichen Fehler begehen, den ich ankreide. Ich möchte nicht in zwei Sätzen erklären, warum Russland Krieg führt. Aber eines sollte klar sein: Was Moskau tut, ist nicht einfach der Ausfluss von Putins vermeintlich psychopathisch-imperialistisch-beleidigtem Geist. Stattdessen sind es tiefliegenden und langlebige Strukturen, die Russlands Interessen maßgeblich bestimmen. Spezifische Führungseliten beeinflussen diese Interessen, aber nur zu einem geringen Teil. Wenn wir Russlands Krieg verstehen wollen, müssen wir nicht Putin verstehen, sondern – Achtung: Tautologie – Russland selbst.

Diese einfache Behauptung ist ebenso einfach zu testen: Wenn nur die Menschen an der Spitze ausschlaggebend wären, dann sollte die Russische Föderation unter Boris Jelzin andere Ziele verfolgt haben als unter Putin. Das ist aber nicht der Fall. Hierzu drei Beispiele. Erstens hat das Land schon immer versucht, Erweiterungen der Nato zu verhindern. Das gilt auch für die frühen 1990er, als Russland politisch und ökonomisch direkt von westlicher Hilfe abhängig war. Trotz-

dem sagte Jelzin schon 1994, dass eine Nato-Erweiterung einen »kalten Frieden« verursachen würde. Der erste Außenminister der Föderation, Andrei Kosyrew, verlangte eine Unterordnung der Nato unter die OSZE, in der Russland maßgeblichen Einfluss hätte ausüben können. Sein Nachfolger nach 1996, Jewgeni Primakow, forderte sogar unverhohlen die vollständige Abschaffung des Bündnisses. Als die Nato 1997 die Aufnahme von Polen, Ungarn und Tschechien beschloss, nannte er dies den »wohl größten politischen Fehler seit dem Zweiten Weltkrieg«.

Zweitens hat Russland schon lange rücksichtslose Diktatoren unterstützt. Als Slobodan Milošević und seine großserbischen Kumpanen Bosnien angriffen, stellte sich Russland auf die Seite des alten slawisch-orthodoxen Verbündeten – obwohl dieser kompromisslos und überaus brutal vorging. Da Jelzin die Serben nicht dazu bewegen konnte, ihre expansionistischen Ziele herunterzuschrauben und der westliche Druck zunahm, erlaubte er mit knirschenden Zähnen Sanktionen. Als die Nato dann serbische Ziele in Bosnien angriff, rief die Duma die russische Bevölkerung auf, als Freiwillige den Serben beizustehen.

Eines sollte klar sein: Was Moskau tut, ist nicht der Ausfluss eines psychopathisch-imperialistisch-beleidigten Geistes.

Als sich der Westen 1999 auf die Seite der UÇK stellte, verhinderte Russland im UN-Sicherheitsrat ein Interventionsmandat – und warnte vor einem neuen Kalten Krieg. Als sich das Atlantikbündnis entschloss, ohne UN-Mandat zu intervenieren, drohte Primakow, Belgrad direkt zu unterstützen. Im selben Jahr besetzten russische Fallschirmspringer den Flughafen der Kosovo-Hauptstadt Priština und es wäre fast zu einem Schusswechsel mit Nato-Truppen gekommen. Die Welt war damals einer bewaffneten Konfrontation zwischen Nato und Russland näher als heute.

Drittens ist Russland schon lange bereit, exzessive militärische Gewalt einzusetzen. Russische Truppen unterstützten transnistrische Rebellen im moldawischen Bürgerkrieg von 1990 bis 1992. Ebenso griff Moskau mit 15.000 Soldaten in den von 1992 bis 1997 tobenden tadschikischen Bürgerkrieg ein, um das ihm wohlgesonnene Regime zu stützen. Und während es von 1994 bis 1996 ei- +

nen brutalen Krieg in Tschetschenien führte, ignorierte es westliche Proteste und die Drohung, Russland aus dem Europarat zu werfen, in den es gerade erst eingetreten war.

Was aber verbindet nun die Politik unter Jelzin mit der unter Putin? Die Antwort ist: Russland selbst. Die langen Grenzen des Landes, seine prekäre wirtschaftliche Lage und die schon vor der Sowjetzeit bestehende enge Verflechtung mit seinen Nachbarn führen dazu, dass Entwicklungen im Ausland schnell zu einer Gefahr für Russland (und für seine jeweilige Regierung) werden können – oder zumindest so wahrgenommen werden. Aus dieser Bedrohungslage leiten sich einige einfache, aber grundlegende Handlungsrezepte ab: Unterstützung von Regimen, die Russland zugeneigt sind; enge Kontrolle der Nachbarn; Stärkung und

Streitkräfte zu dieser Zeit befanden. 1996 eroberten die Rebellen Grosny zurück und zwangen Jelzin einen Waffenstillstand und faktische Unabhängigkeit ab. Die russische Wirtschaft brach ein und zog den Sozialstaat mit sich. 1998 wurde das Land von einer massiven Finanzkrise erschüttert. Doch ab diesem Zeitpunkt stabilisierte sich das politische System und die steigenden Ölpreise erlaubten es Moskau, seine überwiegend gleich gebliebenen strategischen Interessen mit mehr Nachdruck zu verfolgen.

Wir täten gut daran, uns dies vor Augen zu führen, wenn uns der nächste Experte sagt, dass das größte Problem auf der Welt die geistige Verfassung eines einzelnen Mannes sei. Russland ist größer als Putin – genau wie das strategische Problem, das sich nun Berlin, Brüssel, Kiew und Washington stellt. ●●

Russland war schwach unter Jelzin und ist stark unter Putin. Aber seine Interessen sind überwiegend gleich geblieben.

Schutz der eigenen Wirtschaft; Abwehr von konkurrierenden Machtblöcken an den eigenen Außengrenzen. Unter Putin wie unter Jelzin haben diese grundlegenden Ziele viele Mittel geheiligt: Sanktionen, Unterwanderung und Krieg.

So betrachtet hat der Unterschied zwischen Russland in den 1990ern und zu Beginn des 21. Jahrhunderts wenig mit den Führungspersonen – geschweige denn ihren angeblichen Psychosen – und mehr damit zu tun, dass Russland nunmehr ein Mindestmaß an innerer Stabilität aufweist und wieder über deutlich gesteigerte wirtschaftliche und militärische Ressourcen verfügt, mit denen es seinen Forderungen Nachdruck verleihen kann.

Russland war schwach unter Jelzin, der inmitten der zusammenbrechenden Sowjetunion versuchen musste, einen russischen Staat zu errichten. Als 1993 in einer Weimaresken Situation die Kommunisten und die faschistoiden Nationalisten um Schirinowski die Parlamentsmehrheit errangen, ließ Jelzin die Duma bombardieren. Tschetschenien hatte sich 1991 von Russland unabhängig erklärt und Moskau konnte trotz massiver Gewalt die Minirepublik nicht unter Kontrolle kriegen – ein klarer Indikator auch dafür, in welch miserablen Zustand sich die

Jonas J. Driedger ist Alumnus des College of Europe in Brügge und Warschau, wo er europäische Außen- und Sicherheitspolitik studiert hat. Er ist Konfliktbeobachter für Russland beim Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung.

Quellen und Links:

[Bericht »The Pentagon's Secret Putin Diagnosis« der Politico vom 5. Februar 2015](#)

[Fernsehbericht »Putin-Interview: Journalismus mit Kalkül?« in NDR »Zapp« vom 18. November 2014](#)

[Kommentar »Putin's Ukraine gambit« von Charles Krauthammer in der Washington Post vom 27. Februar 2014](#)



Es klingt paradox: An den meisten Schwierigkeiten bei Rüstungsprojekten von Marine und Luftwaffe ist das Heer schuld. Jedenfalls entwickelte sich in Kreisen der Publizistik und der parlamentarischen Opposition ohne genaues Hinschauen dieser Vorwurf. Die Begründung: Da diese Teilstreitkraft über lange Zeit hinweg die Generalinspektoren gestellt und den größten Auslandseinsatz der Bundeswehr, den in Afghanistan, bestritten hat, konnte sich ein quasi-mafiöses Netzwerk hoher Heeresoffiziere zum Nachteil der anderen Teilstreitkräfte bilden. Doch diese Einschätzung ist falsch. Zum einen ist auch das Heer von der Misere erheblich betroffen. Dabei geht es nicht nur um die ungewöhnlich langwierigen technischen Kinderkrankheiten des Kampfschützenpanzers Puma, sondern auch um zwei fliegende Systeme, den Kampfhubschrauber Tiger und den mittleren Transporthubschrauber NH-90. Man mag diese zur »Lufrüstung« zählen, wie das Kritiker offenbar getan haben. Doch das ist grob unsachlich.

Zum anderen genießt das Heer, wenn es um die Ressourcenverteilung geht, gegenüber den anderen Teilstreitkräften keine Vorteile mehr. Das war einmal

Gesucht: Schwarzer Peter von Lutz Unterseher

Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr haben seit langem den Ruf gravierender Managementprobleme. Die Produkte kamen – oder kommen – zu spät, zu überhöhten Preisen und sind mit Leistungsdefiziten behaftet. Außerdem weisen in Dienst befindliche Systeme, besonders der ehrwürdige Transporter Transall und der Eurofighter, dessen Zulauf noch nicht beendet ist, einen beklagenswert niedrigen Klarstand auf. Woran liegt das?

anders: Zur Zeit des Kalten Krieges erhielt das Heer noch etwa die Hälfte der Investitionsmittel des Bundesverteidigungsministeriums. Luftwaffe und Marine hatten sich den Rest zu teilen. Die heutigen Relationen sehen dagegen anders aus: Gegenwärtig liegt der Anteil der Luftwaffe bei etwa 50 Prozent. Die Marine kann sich immerhin mit dem Hinweis auf ihre Funktion für strukturschwache Gebiete in Norddeutschland politische Unterstützung sichern.

Wie ist die Verschiebung der Ressourcenverteilung zu erklären? Da sind zunächst einmal die ökonomischen Interessen der Rüstungsproduzenten. Die Luftrüstungsindustrie hat sich umfassender und schneller als andere Bereiche der Wehrwirtschaft »europäisiert« und zu großen Konglomeraten zusammengeschlossen. Sie repräsentiert damit ein politisches Gewicht, das die Rüstungspla-

nung, die immer noch wesentlich national geschieht, in die Knie zwingen kann. Das Durchsetzen solcher Interessen geschieht aber keineswegs brachial, sondern zweckmäßigerweise in gängiger konzeptioneller Verkleidung. Eine Schlüssel-funktion hat in diesem Zusammenhang die Nato-Ideologie der »Jointness«, die sich bald nach Ende des Kalten Krieges entwickelte. Gemeint ist damit die von dem Vorbild USA inspirierte Annahme, dass künftige Szenarien militärischer Intervention ein eng verzahntes Zusammenwirken aller – oder doch zumindest zweier – Teilstreitkräfte erfordern würden. Dies jedoch im Sinne der rapiden Projektion großer Schlagkraft über beträchtliche Entfernungen. Daher wurde die Rolle der strategisch mobilen, feuerstarken und technisierten Elemente besonders betont – die der Luft-, aber auch der maritimen Streitkräfte. Die Bodentruppen verkamen dagegen tendenziell zur residualen Kategorie.

Für die Bundeswehr ergab sich dann allerdings, dass die Praxis der Krisenreaktion zu allererst das Heer forderte. Die Infanterie galt weiterhin als Allheilmittel, während die Luftwaffe, abgesehen von ihrer Transportkapazität, nur in homöopathischer Dosierung benötigt wurde. Der Analogie folgend kam der Marine aufgrund der eher nur politisch-symbolischen Missionen die Rolle des Placebos zu. Vor allem die Luftwaffe setzte ihre vergleichsweise erheblichen Mittel für prestigeträchtige Großvorhaben ein, während das Heer angesichts seiner Einsatzbelastung, auf die Ausstattung bezogen, fast ausblutete. Daher verwundert es nicht, wenn sich im Sinne der Improvisation, des Überlebens mit knappen Mitteln, unter hohen Heeresoffizieren besondere Kooperationsbeziehungen bildeten.

Die Luftwaffe hätte dagegen gut auf weitere ihrer höchst aufwendigen Systeme verzichten können. So waren selbst beim Eurofighter und dem Transporter A400-M bereits Reduzierungen möglich, nachdem die ursprüngliche Planung als zu überzogen erkannt worden war. Im Gegenzug dazu hätte die Teilstreitkraft in die Lage versetzt werden müssen, die in Dienst stehenden Flugzeuge angemessen mit Ersatzteilen zu versorgen und zu warten. Eine solche Umverteilung der Mittel hätte dem überstrapazierten Heer aus seinen Nöten helfen können. Doch so weit geht die oft beschworene Kameradschaft zumindest zwischen den Führungen der Teilstreitkräfte dann doch nicht. Der Geltungsanspruch der Luftwaffe erscheint wichtiger als die Anforderungen der Realität.

Wenn es also zu kurz gegriffen ist, dem Heer den Schwarzen Peter zuzuschieben, was sind dann die tieferen Ursachen der Misere beim Beschaffungsprozess? Für die Seite der Nachfrage, also des Militärs, wird immer wieder die mangelhaf-

te personelle Ausstattung des Planungs- und Prüfbereichs genannt. Entscheidender ist aber die Tatsache, dass sich die Zuständigen – als Kollektiv – typischerweise nicht im Klaren darüber sind, was sie eigentlich wollen. Da gibt es noch auf die Szenarien des Kalten Krieges fixierte Vorstellungen. So stammen Urkonzeptionen mancher aktueller Waffensysteme noch aus dieser Zeit. Hinzu kommt, dass große Unsicherheit im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft besteht. Die Einschätzungen ändern sich fortlaufend, was dazu führt, dass einem zu entwickelnden System immer neue Innovationen aufgebürdet werden.

Im Bündnis divergieren die Auffassungen über die militärischen Anforderungen gewaltig. Ein Prozess echter Angleichung steht noch aus. Oft gibt es Formelkompromisse, die bei internationalen Vorhaben um des lieben Friedens willen geschlossen werden und nichts wirklich eindeutig entscheiden. Mit dem Ergeb-

Die Luftwaffe setzte ihre Mittel für prestigeträchtige Großvorhaben ein, während das Heer angesichts seiner Einsatzbelastung fast ausblutete.

nis, dass ein und dasselbe Waffensystem, oder dessen Varianten, unterschiedliche, mitunter widersprüchliche Leistungsansprüche erfüllen soll: ein kosten-trächtiger Alptraum für jeden Ingenieur.

Für die Seite des Anbieters, also die Rüstungswirtschaft haben sich sowohl auf internationaler wie nationaler Ebene Angebotsmonopole gebildet. Obwohl es in den frühen Entwicklungsphasen des Eurofighters oder des A400-M im europäischen Rahmen durchaus konkurrierende Angebote gab, gelang es dem Großunternehmen EADS wichtige Nutzerstaaten an sich zu binden. Alternativen wurden ausgeblendet. Der Anbieter dominiert die Nachfrage. Man kann alle möglichen Versprechen machen – im Hinblick auf Kosten, Produktionstermine oder dar- +

über, dass die Ingenieure mit überzogenen, immer wieder veränderten oder widersprüchlichen militärischen Anforderungen fertigwerden würden. Das Angebotsmonopol versetzt den Anbieter des Produkts in die glückliche Lage, nichts davon einhalten zu müssen.

Ähnliches ist – auf nationaler Ebene – für große Marineprojekte oder auch für den neuen Kampfschützenpanzer des Heeres zu verzeichnen: frühzeitige Bindung an ein Anbieterkonsortium, Suspendierung des Konkurrenzmechanismus. In den USA, wo die Konzentration der Rüstungswirtschaft sehr viel weiter fortgeschritten ist als in Europa, achtet die Politik streng darauf, dass gerade auch bei Großprojekten konkurrierende Angebote vorliegen. So etwa gab es bei Mammutvorhaben der US Air Force, wie den Kampfflugzeugen F-22 und F-35, Endausscheidungen auf der Basis alternativer Prototypen.

Publizistik und parlamentarische Opposition haben sich bei ihrer Kritik am Rüstungsmanagement der Bundeswehr zur Effekthascherei verleiten lassen und auf die Ergründung der eigentlichen Probleme verzichtet. Sie entwickelten sich dadurch zu Erfüllungsgehilfen einer besonders politikmächtigen Sparte der Wehrwirtschaft, nämlich der Luftrüstungsindustrie. Damit wurde die politische Kontrolle der Streitkräfte geschwächt und unserer Demokratie ein Bärendienst erwiesen. ...

Dr. habil. Lutz Unterseher ist Soziologe, Politik- und Organisationswissenschaftler und lehrt Internationale Beziehungen an der Universität Münster.

Quellen und Links:

Reportage »Zu fett zum Fliegen« von Dirk Kurbjuweit, Gordon Repinski und Gerald Traufetter im *Spiegel* vom 24. Januar 2015



Der **FÖRDERVEREIN SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN E.V.** bietet jungen Wissenschaftlern eine Plattform.

Der akademische Nachwuchs, der sich auf sicherheitspolitische Themen spezialisiert, muss früher und besser qualifiziert in den fachlichen Dialog der deutschen »**STRATEGIC COMMUNITY**« eingebunden werden!
Sicherheitspolitische Bildung und Forschung müssen unterstützt werden!

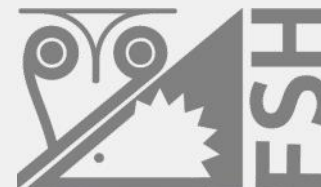
Wir stehen daher ein für eine Belebung der sicherheitspolitischen Kultur und Debatte in Deutschland. Wir unterstützen:

- ▶ Weiterbildungen für Studierende in Tagungen und Seminaren,
- ▶ die Arbeit des **BUNDESVERBANDES SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**
- ▶ und vor allem die **SCHRIFTENREIHE »WISSENSCHAFT & SICHERHEIT«**, erscheinend im Berliner Wissenschafts-Verlag.

**Engagieren auch Sie sich für
die Sicherheitspolitik von Morgen!
Im FSH.**

Wenn Sie die Ziele des Vereins unterstützen wollen oder an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an:

- ▶ Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen e.V.
z.H. Richard Goebelt • Rottweiler Straße 11 A • 12247 Berlin
- ▶ und natürlich unsere Webpräsenz unter **WWW.SICHERHEITSPOLITIK.DE**.



Deutschland
Land der Ideen
Ausgewählter Ort 2008



Schluss mit den Fingerspielchen!

Obwohl er ein Dauerthema zu sein scheint, setzen sich deutsche Medien kaum fundiert mit dem griechischen Finanzminister **Yanis Varoufakis** auseinander. Dabei hat der Ökonom fleißig publiziert. In seinem jüngsten Band warnt er zusammen mit zwei Kollegen vor dem Zusammenbruch der Europäischen Union.

Yanis Varoufakis bedarf keiner weiteren Vorstellung. Da der neu gewählten Regierung in Athen die hierzulande übliche Schonfrist von hundert ersten Amtstagen nicht gewährt wurde, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht der Name ihres Finanzministers in den Schlagzeilen der deutschen Presse erscheint.

Trotz der inflationären Berichterstattung muss gleichzeitig ein medialer Informationsnotstand diagnostiziert werden: Welche programmatischen Lösungsansätze zur Krise in Griechenland und anderen europäischen Staaten vertritt der griechische Wirtschaftswissenschaftler denn eigentlich? Lesern, denen Substanz mehr als +

Gesten bedeutet und die das Wort Primärquelle zumindest im passiven Wortschatz führen, sei als Antwort die Lektüre der Streitschrift »Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise« empfohlen. In der Anfang des Jahres nun auch auf Deutsch erschienenen Ausgabe beschreibt Varoufakis mit den Co-Autoren Stuart Holland und James K. Galbraith – beide ebenfalls Ökonomen – Ursachen und Strategien rund um die derzeitigen Finanzierungsprobleme innerhalb der EU.

Der Titel des »Debattenbuchs«, so der Verlag, enthält zwei Prämissen. Zum einen: Bescheidenheit. Wer sich bescheiden gibt, ruft nicht zur Revolution oder Enteignung auf. Der übliche Fundus linker Wirtschaftspolitik, von moderaten

Das Autorenteam sieht in der Re-Nationalisierung die aktuell größte Bedrohung für die Europäische Union – und fordert einen »New Deal« für Europa.

Umverteilungsideen bis zu radikalen Tabula-rasa-Ansätzen, tauchen in der Publikation daher auch nicht auf. Zum zweiten: wer die Eurokrise lösen will, denkt nicht nur an die eigene Haut. Das Autorenteam macht dabei sehr deutlich, dass es die Re-Nationalisierung europäischer Staaten als aktuell größte Bedrohung ansieht: »Das muss verhindert werden. Sofort.«

Stattdessen bewegt sich der Debattenbeitrag im System bestehender Verträge und berücksichtigt den aktuellen Status quo politischer Machbarkeit. Dabei nennen die Autoren vier politische Vorgaben, die sie zwar als nicht besonders klug doch dafür als unumgänglich betrachten, da sonst ein zu starkes Veto zu erwarten sei: 1. keine Schuldenhaftung von Mitgliedstaaten, 2. keine EZB-Schuldenfinanzierung, 3. keine Euro-Bonds und 4. keine weitere Föderalisierung der EU, bevor die gegenwärtige Krise nicht gelöst ist.

Allein mit der Erkenntnis der vierten Rahmenbedingung scheint der griechische Finanzminister näher an der Realität des Faktischen zu sein als so mancher deutsche Sonntagsredner beim Thema EU-Armee: »Würde mitten in der Krise jemand versuchen, ein Verfahren zur Revision der Verträge auf den Weg zu bringen, um die Errichtung eines föderalen Finanzministeriums oder einer föderalen

Wirtschaftspolitik zu ermöglichen, wären die Reaktionen der Wähler absolut negativ, und die Abstimmung darüber würde mit einem schallenden Nein enden.«

Die Strategien binden nicht nur die EZB sondern auch andere vorhandene Institutionen wie den Europäischen Stabilitätsmechanismus, die Europäische Investitionsbank und den Europäischen Investitionsfonds stärker ein, verletzen dabei aber nicht deren geltende Befugnisse. Zudem wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die angebotenen Lösungsvorschläge gerade keine Belastung europäischer Steuerzahler vorsehen.

Die große Vision in dem Buch liegt in der Schaffung eines »New Deal« in Europa – in Anlehnung an die Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA ab 1933 unter Präsident Franklin D. Roosevelt aufgrund der damaligen Weltwirtschaftskrise. Dabei soll ein Investitionsprogramm in Höhe von acht Prozent des BIP der Eurozone aufgesetzt werden. Darüber hinaus empfehlen die Autoren ein Notprogramm für soziale Solidarität. Auch dessen Finanzierung schreiben sie nicht den reicheren Mitgliedstaaten zu, vielmehr sei es »die moralische und politische Pflicht der EU, so schnell wie möglich zu handeln, um die Grundbedürfnisse der europäischen Bürger zu befriedigen«. Gerade die beiden letzten Punkte dürften für genug Diskussionsstoff unter Wirtschaftswissenschaftler sowie den Architekten und Regulatoren der Union sorgen. Doch eine Auseinandersetzung mit diesen Konzepten scheint lohnender, als das gegenwärtig verbreitete Abarbeiten an Oberflächlichkeiten oder nach einer halben Dekade Eurokrise weiterhin den Erfolg der immer gleichen Sparmaßnahmen zu beschwören, der aber faktisch weiterhin ausbleibt.

Besondere Vorkenntnisse in Volkswirtschaft sind für die Lektüre nicht erforderlich. Der Umfang des Bandes ist zudem mit sechzig Seiten schmal gehalten, damit selbst Redaktionen wöchentlicher Polit-Talkshows ihn bis zur nächsten Sendung aufarbeiten können.

Björn Hawlitschka



Yanis Varoufakis, Stuart Holland
und James K. Galbraith

»Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise«

München (Antje Kunstmann) 2015.
64 Seiten, 5,00 Euro

Geständnisse eines Rüstungsfans

Der Militärtheoretiker **Lutz Unterseher** hat einen lesenswerten Bericht über sein Wirken im sozialdemokratischen Umfeld veröffentlicht. Dabei stellt er noch einmal das Konzept der »Alternativen Verteidigung« vor.

In seiner Person vereint Lutz Unterseher zahlreiche Facetten. Nicht nur als Berater für Verteidigungsfragen, Soziologe, Politologe und Organisationswissenschaftler war und ist der Privatdozent der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster aktiv. Kundige halten ihn für den einzigen linken Militärtheoretiker in unserem Lande. Er ist durchaus selbstbewusst und hat in einem seiner Seminare die Vermutung geäußert, mit der 1987 vorgelegten Studie »Is there a Tank Gap?« ein wenig zur Beschleunigung des Untergangs des Warschauer Pakts beziehungsweise zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen zu haben.

Nun hat Unterseher mit »Das Dilemma militärischer Sicherheit« einen kurzweiligen Bericht über die eigene Arbeit vor allem auch im sozialdemokratischen Umfeld vorgelegt. Darin gibt der langjährige Experte Einblick in inhaltliche Auseinandersetzungen in den verschiedenen sicherheitspolitischen Epochen. Besonders gelungen ist ihm dabei die Wiedergabe von atmosphärischen Eindrücken: So kreuzen innerhalb der SPD »aggressive Angsthasen« und »erbarmungslose Gutmenschen« seine Wege.

Die Berichte über widerstreitende Interessen und die jeweiligen konzeptionellen Ansätze werfen dabei viele Fragen auf, die von bleibender Aktualität sind. So lohnt zum Beispiel eine Befassung mit den Positionen und Konzepten der 1980 von Unterseher mitgegründeten »Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik« noch immer. Deren Kriterien Krisenstabilität, Kosteneffektivität und Offenheit für Abrüstung sind auch heute relevant. Ein Blick auf den aktuellen Kon-

flikt in der Ukraine etwa zeigt, wie wichtig tragfähige Konzepte zur Stärkung der Defensive gegenüber einem potentiellen Aggressor sein können.

Wer sich mit der von Unterseher vertretenen Denkrichtung der Alternativen Verteidigung auseinandersetzen will, der nehme auch seine Habilitation »Defensive ohne Alternative: Kategorischer Imperativ und militärische Macht« oder die Schrift »Frieden Schaffen mit andren Waffen? Alternativen zum Militärischen Muskelspiel« zur Hand. Wer aber Interesse an den Auslassungen eines vormaligen »sozialdemokratischen Rüstungsfans« hat, der auch mal über die eigene Partei schimpft, der ist hier an der richtigen Adresse.

Max Bornefeld-Ettmann hat im Herbst 2014 in Berlin ein non-tech Start-up gegründet.



Lutz Unterseher

**»Das Dilemma militärischer Sicherheit.
Kritische Berichte aus drei Jahrzehnten«**

Wiesbaden (Springer VS)
2015. 146 Seiten, 29,99 Euro

Kissingers Welt

In seinem neuesten Werk widmet sich der ehemalige US-Außenminister **Henry Kissinger** der Entstehung und Entwicklung internationaler Ordnung. Das Buch kommt genau zum richtigen Zeitpunkt.

Wie muss eine funktionierende internationale Ordnung gestaltet sein? Kissinger zufolge müsste sie Machtbalance und Legitimität vereinen. Wie dies in der Vergangenheit gelang oder scheiterte, illustriert der Autor anhand der historischen Entwicklung der regionalen Ordnungen Europas, Asiens und des Mittleren Ostens. Besonders das nach dem 30-jährigen Krieg geprägte »Westfälische System« scheint dabei seinen Ansprüchen gerecht zu werden. Durch die Festschreibung des Prinzips staatlicher Souveränität gelang es demnach, ein »Equilibrium« herzustellen und große Kriege für einen längeren Zeitraum zu verhindern. Trotz seiner Stärke, die internationale Machtverteilung zu regeln, schaffte es dieses System aus Kissingers Sicht jedoch nicht, aus sich heraus Anerkennung zu generieren, da geregelte Machtverhältnisse an sich keine gemeinsamen Regeln und Normen entstehen lassen.

»World Order« verknüpft ideengeschichtliche Entwicklungen gekonnt mit der Entstehung politischer Ordnung, um sich letztlich der Frage nach einer künftigen Weltordnung zu widmen. Zwar ist das Buch keine Abkehr von Kissingers realpolitischer Grundhaltung. Doch widmet sicher der Autor deutlich stärker der Frage nach sozialen und kulturellen Faktoren. Eine zentrale Erkenntnis nach der Lektüre seines Buchs ist dann auch, dass eine internationale Ordnung nicht ohne ein gefestigtes und gegenseitig geteiltes ideelles Fundament bestehen kann.

Gegen Ende seines Werkes nimmt sich Kissinger aktueller Entwicklungen wie dem Einfluss sozialer Medien auf außenpolitische Entscheidungsfindung an. Be-

sonders spannend und wertvoll erscheinen dabei seine Kommentare und Empfehlungen zur US-Außenpolitik. Kissinger zufolge sei die größte Herausforderung des Staatsmannes dieser Tage, das internationale System wiederherzustellen. Dies bedeute zunächst die Konstruktion regionaler Ordnungen, die dann auf globaler Ebene miteinander kompatibel gemacht werden müssten. Entgegen verbreiteter Befürchtungen vor einem Großmachtkonflikts zwischen den USA und China, sieht Kissinger die größere Gefahr in der Entstehung konkurrierender regionaler Ordnungsvorstellungen, die durch Einflussphären gekennzeichnet sind. In einer Zeit, in der viele das Gefühl haben, die Welt sei »aus den Fugen« geraten, gibt dieses lesenswerte Buch hilfreiche Antworten.

Jan Fuhrmann



ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH). Der ADLAS erscheint dritteljährlich und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Stefan Dölling
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Stefan Dölling (doe), Sophie Eisentraut (eis), Björn Hawlitschka (haw), Dieter Imme (dim), Philipp Janssen (jap) (V.i.S.d.P.), Christian Kollrich (koll), Marcus Mohr (mmo), Sebastian Nieke (sn), Isabel-Marie Skierka (isk), Stefan Stahlberg (sts), Kerstin Voy (kv)

Layout: mmo

Autoren: Max Bornefeld-Ettmann, Jonas J. Driedger, Jan Fuhrmann, Lukas D. Herr, Anne-Kathrin Krauel, Ulrich Kühn, Marcus Müller, Moritz Müller, Hendrik W. Ohnesorge, Lutz Unterseher, Melissa Waßmuth

Danke: A. für die Geduld

Copyright: © ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder. ...

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. ...

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

Foto: Marika Lüders/CC BY-NC 2.0



AUSGABE 2/2015

Schwerpunkt

DO-IT-YOURSELF

Ein Heft ganz ohne Autoren